



Verbrüderung zwischen französischen und deutschen Soldaten am Hartmannswillerkopf, 11. November 1918

Friedensdemonstration in Darmstadt am 10. November 1918  
Inscription unter der Girlande:  
„Völkerfrieden“



# 100 Jahre November-Revolution

AUS DEM INHALT:

Appell der Personalräte der Integrierten Gesamtschulen .....	S. 3
Grundschulen lassen nicht locker .....	S. 4
Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte .....	S. 5
Überlastungsanzeigen: Lern- und Arbeitsbedingungen verbessern! .....	S. 6
Landtagswahl im Kreis Groß-Gerau .....	S. 8
Protest gegen AfD in Hofheim .....	S.10
100 Jahre Novemberrevolution. Ein Blick in die Region .....	S.12
Das Lernlabor der Bildungsstätte Anne Frank .....	S.18

mit Beilage  
Hessischer Volksfreund  
9. November 1918

# Teilzeitbeschäftigte haben Rechte

Unter der Überschrift „Teilzeitbeschäftigte haben Rechte“ veröffentlichten wir in der Oktober-Ausgabe von GEW regional ein umfangreiches Info über die rechtlichen Grundlagen und oft gestellte Fragen zur Teilzeitarbeit von Lehrerinnen und Lehrern. Dieses Info kann bei der Rechtsberatung der GEW angefordert werden (freiling.hlz@t-online.de).

Wenige Tage später, am 23. Oktober 2018, erhielten die Schulen im Bereich des Staatlichen Schulamts für den Kreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis eine Rundmail der Amtsleitung, der ein "Informationsblatt zu Inhalt und Umfang der Dienstverpflichtungen von teilzeitbeschäftigten Lehrkräften" beigelegt war.

Das "Informationsblatt" basiert auf einer entsprechenden Rundverfügung des Staatlichen Schulamts für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg und wurde nach unseren Informationen im Rahmen des Kooperationsverbunds der Schulämter in Südhessen erstellt. Das Informationsblatt hat mit der Veröffentlichung durch die Leiterin des Staatlichen Schulamts unter dem Briefkopf der Behörde den Stellenwert einer rechtlichen Verfügung.

Die GEW kommt nach einer rechtlichen Prüfung des Inhalts zu dem Ergebnis, dass die Darstellung der Rechte von Teilzeitbeschäftigten den unterschiedlichen Rechtsvorschriften und den Vorgaben insbesondere auch des Europäischen Gerichtshofs zu Fragen der „mittelbaren Diskriminierung von Frauen“ entspricht, wie wir sie zuletzt in der Oktoberausgabe von GEW regional dargestellt haben. Insoweit empfehlen wir das Informationsblatt auch den betroffenen teilzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen und den Schulpersonalräten zur Lektüre und Beachtung.

Das Infoblatt ist insoweit auch eine wichtige Ergänzung zum Frauenförder- und Gleichstellungsplan des Staatlichen Schulamts Rüsselsheim, dessen Neufassung Anfang 2018 veröffentlicht wurde. Auch dieses Dokument enthält wichtige Hinweise zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zu den Rechten von Teilzeitbeschäftigten, insbesondere zu den teilbaren und unteilbaren Dienstpflichten, zur Notwendigkeit von Ausgleichsregelungen und zur Gestaltung der Stundenpläne. Den Frauenförderplan findet man auf der Homepage des Staatlichen Schulamts:

(<https://schulaemter.hessen.de/standorte/ruesselsheim-am-main> > Zuständigkeiten > Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte).

Der Gesamtpersonalrat wird sich dafür einsetzen, dass auch das Infoblatt auf der Homepage veröffentlicht wird.

Nicht nur den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch den Personalräten seien die Dokumente zur Lektüre empfohlen. Für die Personalräte geht es dabei auch um den Spagat, dass die notwendige Entlastung der Teilzeitbeschäftigten nicht zu einer weiteren Belastung der Vollzeitbeschäftigten führt. Das Bundesverwaltungsgericht hat zu Recht festgestellt, dass die Übernahme von unteilbaren Dienstpflichten durch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte nur dann wirklich ausgeglichen werden kann, wenn die Unterrichtsverpflichtung überproportional zum Stellenumfang reduziert wird. Hier wird die GEW weitere Initiativen ergreifen, damit dieses Urteil auch in Hessen umgesetzt wird.

*Harald Freiling,  
Rechtsberater im GEW-Kreisverband  
Groß-Gerau  
(freiling.hlz@t-online.de)*

## Die GEW Main-Taunus organisiert eine Busfahrt zur Bildungsmesse didacta nach Köln

Abfahrt ist am Mittwoch, dem 20. Februar 2019 um 7.30 Uhr am Parkplatz des Freibads/Freizeitparks in Kriftel und gegen 8.00 Uhr an der IGS Kelsterbach. Gegen 17.00 Uhr Abfahrt in Köln.

Fahrt und Eintritt sind für GEW-Mitglieder kostenlos. Nichtmitglieder zahlen 15 €. Der Fahrpreis ist am Bus zu entrichten.



Verbindliche Anmeldungen bitte telefonisch, per Mail (mir am liebsten wegen der Rückmeldung) oder per Post oder Fax möglichst bis 1. Februar 2019 an:

Walter Schmidbauer, Am Flachsland 2, 65779 Kelkheim, Tel.: 06195/64597, Fax.: 06195/600586  
e-mail: gewschmidbauer@t-online.de.

Es fährt nur 1 Bus, Anmeldungen werden in der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

# Appell der Personalräte der Integrierten Gesamtschulen

Mit einem offenen Brief wandten sich die Personalräte der elf Integrierten Gesamtschulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis an die Verhandlungsdelegationen von CDU und GRÜNEN, die zur Zeit über die Bildung einer Koalition und die Bildung einer neuen hessischen Landesregierung beraten. In dem Brief der Personalräte, die sich nicht zum ersten Mal gemeinsam zu Wort melden und im letzten Jahr Gespräche unter anderem mit Abgeordneten von SPD und GRÜNEN in Wiesbaden führten, geht es vor allem um die vielen befristeten Arbeitsverträge, die Intensivklassen für Seiteneinsteiger, die Inklusion und die zunehmenden sozialen Konflikte mit den Auswirkungen auf die Integrierten Gesamtschulen, die in ihrer Schülerschaft das gesamte soziale Spektrum abbilden. In Kopie ging der Brief auch an alle im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis gewählten Landtagsabgeordneten von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und LINKE.

## Besetzung von freien Lehrerstellen

Bei der Besetzung von freien Lehrerstellen war die Kritik der Personalräte in früheren Briefen nicht wirkungslos geblieben. In keiner anderen Schulform im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis gab es so viele befristete Arbeitsverträge: Anfang 2017 waren an den Integrierten Gesamtschulen 20 Prozent der Stellen mit befristeten Verträgen abgedeckt worden, an den Gymnasien der Region waren es gerade einmal 5 Prozent. In den letzten Monaten konnten inzwischen alle ausgebildeten Lehrkräfte, die sich an einer IGS beworben haben, auch unbefristet eingestellt werden. Trotzdem ist die Zahl der Befristungen nicht gesunken, weil zunehmend weniger Lehrkräfte mit Lehramt zur Verfügung stehen und Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramt nur befristet eingestellt werden können. Die Personalräte fordern die Koalitionsparteien deshalb auf, „Weiterbildungsangebote für Kolleginnen und Kollegen ohne Lehramt einzurichten, um ihnen zu akzeptablen Bedingungen einen Zugang zu einer unbefristeten Beschäftigung und die Gleichstellung mit einem Lehramt zu ermöglichen.“ Für Mentorinnen und Mentoren, die ihnen zur Seite stehen, fordern die Personalräte Entlastungsstunden.

## Ressourcen für Intensivklassen erhalten

Der Rückgang der Zahl geflüchteter junger Menschen darf nach dem Willen der IGS-Personalräte auf keinen Fall dazu führen, „dass die Ressourcen für die Intensivklassen und vor allem auch für die Nachförderung beim Übergang in die Regelklassen und bei einer Anschlussförderung nach dem



Verlassen der Schule gekürzt werden“. Der Zuzug von Familien aus dem EU-Ausland, deren Kinder einer umfassenden sprachlichen Förderung bedürfen, hält schließlich weiter an. Außerdem fordern die Personalräte, dass die Regelungen der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses, wonach der Unterricht in Intensivklassen in der Sekundarstufe I „mindestens 28 Wochenstunden“ umfassen soll, endlich umgesetzt werden (§ 50 Absatz 3).

## Wege zur Inklusion

Die IGS-Personalräte erinnern daran, dass gerade die Integrierten Gesamtschulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis „über lange Erfahrungen im Gemeinsamen Unterricht und in der inklusiven Bildung in heterogenen Gruppen“ verfügen. Auch wenn sie der „Festlegung von Schwerpunktschulen kritisch gegenüber stehen, nehmen Integrierte Gesamtschulen genau diese Rolle ein“. Sie zeigen sich besorgt, dass auch in den Kollegien, die sich immer dieser Aufgabe gestellt haben, „die Motivation

sinkt und die Belastungsgrenze überschritten ist“, da gerade die Integrierten Gesamtschulen unmittelbar mit Kinderarmut, Gettobildung und Gewalt konfrontiert sind. Die IGS-Personalräte fordern deshalb „kleinere Lerngruppen, wie sie im Gemeinsamen Unterricht vorgeschrieben waren“, eine feste Verankerung der sonderpädagogischen Fachkräfte in den Kollegien der Gesamtschulen und eine durchgehende Doppelbesetzung in allen Klassen mit Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Koordination in den multiprofessionellen Teams müsse durch Anrechnungsstunden ausgeglichen werden.

## Transparente Lehrerzuweisung nach sozialen Kriterien

Die Personalräte verweisen darauf, dass der Kreis Groß-Gerau der hessische Landkreis mit dem höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und mit dem höchsten Anteil von Kindern aus Familien mit Hartz-IV-Bezug ist. Sie fordern für Schulen in den Ballungsräumen, in

denen sich die sozialen Problemlagen von Kinderarmut über Migration bis zu unterschiedlichen Formen von Jugendgewalt verdichten, kleinere Klassen und „eine deutliche Ausweitung der sozialindizierten Lehrerzuweisung und deren unmittelbare Zuweisung an die Schulen im sozialen Brennpunkt“.

Sie fordern außerdem klare Vorgaben des Kultusministeriums für die Transparenz der Lehrerzuweisung gegen-

über Kollegien und Personalräten, insbesondere über die Zuweisung für die außerunterrichtlichen Aufgaben und die Verwendung der diversen Zuschläge und der Deputatsstunden. Sie fordern, die Zuständigkeiten der Gesamtkonferenz zu erweitern und in § 133 des Schulgesetzes einzufügen, dass die Verwendung des Zuschlags zur Grundunterrichtsversorgung und der zusätzlichen Zuweisung nach Sozialindex von der Gesamtkonferenz beschlossen werden muss.

*Unterzeichnet wurde der Brief von den Personalräten der IGS Kelsterbach, der Anne-Frank-Schule Raunheim, der Alexander-von-Humboldt-Schule Rüsselsheim, der Gerhart-Hauptmann-Schule Rüsselsheim, der IGS Mainspitze, der Bertha-von-Suttner-Schule Mörfelden-Walldorf, der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau, der Martin-Niemöller-Schule Riedstadt, der Johannes-Gutenberg-Schule Gernsheim, der Friedrich-Ebert-Schule Schwalbach und der Heinrich-von-Brentano-Schule Hochheim.*

## Grundschulen lassen nicht locker Über 400 Unterschriften für bessere Bezahlung

**Mit lautstarken Protesten vor dem Kultusministerium in Wiesbaden und vor mehreren Staatlichen Schulämtern begleiteten Lehrerinnen und Lehrer hessischer Grundschulen den Auftakt der Koalitionsverhandlungen von CDU und GRÜNEN zur Bildung einer neuen hessischen Landesregierung.**

Sie bekräftigten damit am 13. November ihre Forderung nach der Gleichbehandlung mit allen anderen Lehrämtern bei der Besoldung und bei der Arbeitszeit. Der 13.11. ist der Tag, bis zu dem eine Grundschullehrerin genauso viel Gehalt bekommen hat wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Schulformen. Danach arbeitet sie bis zum Ende des Jahres "umsonst", weshalb die GEW vom "ersten Tag der unbezahlten Arbeit" spricht.

Auch in diesem Jahr haben sich die Grundschulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis an den Protesten beteiligt. Bei einer Unterschriftensammlung im Kreis Groß-Gerau unterschrieben 407 Kolleginnen und Kollegen aus 28 Grundschulen eine gemeinsame Resolution, die

Mitte November den Verhandlungsführungen von CDU und GRÜNEN übergeben wurde. Auch die im Kreis Groß-Gerau gewählten Abgeordneten von CDU, Grünen, SPD und Linken bekamen diese mit den Unterschriften zugesandt. In der Resolution verweisen die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer auf die Tatsache, dass ihre Ausbildung genauso lange dauert wie die der Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen und Gesamtschulen, dass sie aber mehr Pflichtstunden haben und schlechter bezahlt werden: Das Motto "Kleine Kinder - kleineres Geld" werde "der wissenschaftlich nachgewiesenen Bedeutung der Frühen Bildung nicht gerecht".

Der GEW-Kreisvorstand erinnerte in seinem Begleitschreiben daran, dass

alle Parteien im Wahlkampf Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel versprochen haben, und schreibt weiter: "Der Lehrkräftemangel an den Grundschulen würde sich aber auch im Kreis Groß-Gerau weiter verschärfen, wenn benachbarte Bundesländer zukünftig Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer besser bezahlen. Dies betrifft insbesondere auch die Schulen in sozialen Brennpunkten, die heute schon ganz besondere Schwierigkeiten haben, ausgebildete Lehrkräfte zu finden."

Außerdem bezeichnete der GEW-Kreisvorstand die schlechtere Bezahlung von Grundschullehrerinnen als "Ausdruck einer indirekten Benachteiligung von Frauen, die weit über 90 Prozent der Grundschulstellen besetzen".



Kolleginnen und Kollegen der Pestalozzische Schule Raunheim, November 2017

# Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte

**Inzwischen haben auch in den Schulen des Kreises Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis die ersten sozialpädagogischen Fachkräfte ihre Arbeit aufgenommen, die die Arbeit der Lehrkräfte „unterrichtsbegleitend“ unterstützen sollen.**

Die Aufgaben und die Arbeitsbedingungen sind im Erlass des Hessischen Kultusministeriums (HKM) zur „Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ (UBUS-Erlass) geregelt. Ihre Einstellung ist sicher auch eine Reaktion der Landesregierung auf die zahlreichen „Brandbriefe“ und „Überlastungsanzeigen“, in denen Lehrerinnen und Lehrer die zunehmenden Probleme in den Schulen und die zahlreichen außerunterrichtlichen Aufgaben beschreiben. Alle UBUS-Kräfte erhalten einen unbefristeten Arbeitsvertrag, allerdings – und das ist bitter – sind es in den allermeisten Schulen keine vollen Stellen.

Auch die GEW schließt sich den Willkommensgrüßen in den Schulen an. Für die GEW sind folgende Punkte wichtig:

- Die UBUS-Kräfte dürfen ausschließlich für die beschriebenen sozialpädagogischen Aufgaben eingesetzt werden und nicht, um Lücken bei der Unterrichtsversorgung zu stopfen. Deshalb ist es auch für die Schulleitungen und Personalräte sehr wichtig, den Erlass und die entsprechenden Erläuterungen der GEW gründlich zu lesen. Sie können bei Bedarf auch bei den GEW-Kreisverbänden angefordert werden (freiling.hlz@t-online.de).
- Die UBUS-Kräfte übernehmen ausdrücklich nicht die Aufgaben der Schulsozialarbeit. Deshalb darf es auch nicht sein, dass dort, wo sich sozialpädagogische Fachkräfte aus der Schulsozialarbeit auf eine UBUS-Stelle beworben haben, die Stelle für die Schulsozialarbeit anschließend eingespart wird!

- Genau zu beachten sind auch die Regelungen zur Arbeitszeit. Zugegeben: Für Schulleitungen und Lehrkräfte in den Personalräten sind diese „gewöhnungsbedürftig“, da die UBUS-Kräfte eben keine Lehrerinnen und Lehrer sind und deshalb nicht der Pflichtstundenverordnung unterliegen. Grundlage ihrer Arbeit ist die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden in der Woche. Die Dokumentation der Arbeit, die Verteilung auf die Arbeit mit Kindern (2/3) und auf sonstige Aufgaben (1/3), die Einarbeitung der Ferien und der Ausgleich von Überstunden sind in dem Erlass klar geregelt. Diese Festlegungen sind nicht willkürlich, sondern in der Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Förderschulen (GE und KME) lange erprobt.
- Die UBUS-Kräfte sind Teil des Kollegiums und deshalb auch auf den Konferenzen gleichberechtigte Mitglieder. Sie unterliegen der Dienstordnung und sind bei den nächsten Personalratswahlen sowohl wahlberechtigt als auch wählbar.

## Eingruppierung und Einstufung

Die UBUS-Kräfte sind Beschäftigte des Landes Hessen und haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag im Rahmen des Tarifvertrags Hessen (TV-H). Ihre Eingruppierung und Einstufung erfolgt nach den Eingruppierungsrichtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder und dem TV-H. Bei der Festsetzung der Entgeltgruppe und der Entgeltstufe hat der Personalrat der Schule ein Mitbestimmungsrecht (§ 77 Punkt 2b HPVG). Kolleginnen und Kollegen, die bereits Mitglieder der GEW sind oder dies werden, können sich bei der GEW in Fragen der Eingrup-

pieung und Einstufung, insbesondere auch in Fragen der Anrechnung förderlicher Zeiten beim selben oder einem anderen Arbeitgeber, beraten lassen.

Insbesondere die Personalräte bitten wir, auch die UBUS-Kräfte, die in den nächsten Wochen und Monaten neu eingestellt werden, auf den Mailverteiler der GEW hinzuweisen, über den Informationen und Einladungen versandt werden.

## Informationsveranstaltung der GEW

Anfang Dezember lud die GEW alle UBUS-Kräfte an Schulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis zu einem ersten Treffen ein, um Informationen zu geben und Erfahrungen auszutauschen. Weitere Treffen sollen folgen. Zur Vernetzung und zum Austausch von Informationen hat die GEW einen Verteiler eingerichtet. Alle UBUS-Kräfte, die dort noch nicht eingetragen sind, können sich an die GEW im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis wenden. Dazu reicht eine einfache E-Mail an: [freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)

**Die Redaktion von GEW regional wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne Feiertage, erholsame Ferien und alles Gute für das Jahr 2019.**

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Kreisverband Groß-Gerau und  
Kreisverband Main-Taunus der  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Redaktion:  
Harald Freiling, Bernd Heyl, Katja Pohl,  
Hildegard Pongratz-Porr, Walter Schmidbauer

Satz + Druck:  
Dorndruck, Raunheim

Postanschrift und Geschäftsführung:  
Bernd Heyl, Tel.: 06152 / 1877471  
Walther-Rathenau-Straße 36,  
64521 Groß-Gerau

E-Mail: [bernd.heyhl@t-online.de](mailto:bernd.heyhl@t-online.de)  
Der Bezugspreis ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.

# Überlastungsanzeigen Lehrerarbeitszeit reduzieren – Arbeitsbedingungen an Schulen verbessern!

**Nach der Landtagswahl 2018 wird in Hessen wohl demnächst die neue (alte?) Landesregierung ihre Arbeit aufnehmen. Damit (auch grundlegende) Probleme in den Schulen in der neuen Legislaturperiode nicht einfach wieder so lange ausgesessen werden, wie dies in den vergangenen Jahren beispielsweise in der Frage des Lehrermangels an Grund- und Förderschulen der Fall war, müssen wir, die Kolleginnen und Kollegen an den hessischen Schulen, offensichtlich verstärkt aktiv werden, damit dringend benötigte Lösungen endlich angepackt werden. Dies gilt vordringlich für die wachsende Gefährdung der Gesundheit der Lehrkräfte durch die in den letzten Jahren drastisch gestiegene Arbeitsbelastung, die u.a. dazu geführt hat, dass die Kolleginnen und Kollegen inzwischen kontinuierlich eine erhebliche Zahl von Mehrarbeitsstunden leisten, für die es keinerlei zeitlichen oder finanziellen Ausgleich gibt, und daher viele von ihnen am Rande ihrer Kräfte stehen.**

Ein Mittel zur Verdeutlichung dieser Problematik sind die in den letzten Jahren immer häufiger gestellten Überlastungsanzeigen, denen sich noch viele weitere Kollegien anschließen sollten, auch wenn oder gerade weil sie bisher noch wenig Wirkung gezeigt haben. Mein Kollegium hat vor ziemlich genau einem Jahr einen entsprechenden Diskussionsprozess begonnen und sich dann im April 2018 in einer Personalversammlung einstimmig für eine Überlastungsanzeige, die ausdrücklich an den hessischen Kultusminister gerichtet war, ausgesprochen. Was dann (nicht) folgte, erweckt den Eindruck, dass unser oberster Dienstherr sich nicht wirklich mit den Problemen der hessischen Lehrerschaft beschäftigen wollte, denn die Überlastungsanzeige des Kollegiums der Albert-Einstein-Schule Schwalbach war nun beileibe kein Einzelfall. Daher nahm es auch ein Gesprächsangebot des Staatlichen Schulamts im Juni nicht an, sondern verwies auf die Zuständigkeit des HKM für wesentliche Rahmenbedingungen der Arbeit an den Schulen.

Dann geschah lange nichts. Erst als die GEW-Schulgruppe stellvertretend für das Kollegium Mitte Oktober mit dem hier ebenfalls veröffentlichten offenen Brief an die Presse trat, kam innerhalb weniger Tage - und gerade noch rechtzeitig vor der Landtagswahl - ein Schreiben aus dem Kultusministerium nicht etwa beim Kollegium oder dem Personalrat, sondern

bei der Schulleitung an. Darin wurde betont, dass der Minister die Anliegen der Lehrkräfte sehr ernst nehme, auf die großen Fortschritte der letzten Zeit – die Schaffung von UBUS-Stellen und die Einführung einer (!) Stunde Mentorenlustung pro Referendar ab 01.02.2019 - verwiesen und ein Gesprächstermin angeboten – allerdings wiederum nicht mit dem HKM, sondern mit dem Staatlichen Schulamt.

Ich überlasse es der geneigten Leserschaft, sich zu diesem Vorgang, der offensichtlich die gängige Praxis darstellt, eine Meinung zu bilden. Nur so

viel sei hier noch gesagt: An entscheidender Stelle ist die Tragweite des Problems der Arbeitsüberlastung der hessischen Lehrkräfte, die - nebenbei bemerkt - auch nicht gerade zur Attraktivität des Lehrerberufs beiträgt, ganz offensichtlich immer noch nicht angekommen. Ein Blick über den Zaun (beispielsweise nach Niedersachsen, wo die geplante Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstunden der Gymnasiallehrkräfte von 23,5 auf 24,5 gerichtlich ausgebremst wurde) könnte hier hilfreich sein ...

*Andreas Stähler*

---

## **Lehrkräfte fordern: Lern- und Arbeitsbedingungen verbessern! Offener Brief der GEW-Schulgruppe der Albert-Einstein-Schule, Schwalbach, 15.10.2018**

Das Kollegium der AES hat nach einer intensiven Diskussion in einer Personalversammlung am 26.04.2018 einstimmig entschieden, eine Überlastungsanzeige zu verfassen und an den hessischen Kultusminister Herrn Prof.Dr.R.Alexander Lorz als obersten Dienstherrn zu schicken.

Das allen Lehrenden gemeinsame Ziel, unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern, ist unter den sich seit Jahren verschlechternden Arbeitsbedingungen an hessischen Schulen nicht mehr zu erreichen. Guter Unterricht und die optimale Förderung der Kinder und Jugendlichen setzen voraus, dass für jede/n genügend Zeit zur Verfügung

steht – Zeit für Vor- und Nachbereitung, Zeit im Unterricht, Zeit für Absprachen mit Kolleginnen und Kollegen sowie Zeit für Beratung, auch der Eltern. Zwei grundlegende Rahmenbedingungen, die das Kultusministerium bzw. die hessische Landesregierung zu verantworten haben, stimmen seit Jahren nicht mehr:

Da ist zum einen die im bundesweiten Ländervergleich höchste Pflichtstundenanzahl der Lehrkräfte, die in den letzten Jahren dreimal erhöht wurde. Zum anderen sind viele Klassen und Kurse sehr groß; die Teilnehmerzahlen überschreiten dabei in der Realität oft auch noch die ohnehin hohen Obergrenzen.

Diese sich verschlechternden Arbeitsbedingungen haben dazu geführt, dass die über lange Zeit niedrige Krankheitsquote in unserem Kollegium sukzessive angestiegen ist und es im Schuljahr 2017/18 zu mehreren längerfristigen Ausfällen kam, wodurch die übrigen Lehrkräfte noch zusätzlich belastet wurden.

Wir arbeiten in unserem Kollegium ausgesprochen motiviert und engagiert, allerdings nimmt Lehrerarbeit immer weiter zu und wird immer weiterverdichtet.

Diese Entwicklung muss dringend umgekehrt werden, um die Gesundheit der Lehrkräfte und damit auch die Qualität ihrer Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern zu wahren.

Als in besonderem Maße belastend empfunden werden:

- die genannte Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl, z.B. an Gymnasien von 23 auf 26, bei gleichzeitig steigender Anzahl von Pausenaufsichten
- die erhebliche Zunahme von Zusatztätigkeiten ohne Erhöhung der zur Entlastung dienenden Schul- und Schulleitungsdeputate
- ständig neue Vorgaben, die zu Mehrarbeit führen und gleichzeitig die Kontinuität pädagogischer und unterrichtlicher Arbeit erschweren (veränderte Lehrpläne, Entwicklung schulinterner Curricula, Lernstandserhebungen, Vergleichsarbeiten etc.)
- eine zunehmende Bürokratisierung schulischer Arbeit (steigende Dokumentationspflichten, Förderpläne, verkomplizierte Reisekostenabrechnungen etc.)
- zu große Klassen und Kurse bei gleichzeitig gestiegenen Erwartungen – auch zahlreicher Eltern – bezüglich individueller Förderung (dabei viel zu wenig Zeit für einzelne Schüler; deutlich höherer Zeitaufwand für Korrekturen etc.)
- zunehmend heterogene Lerngruppen mit einer wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten bzw. erhöhtem Förderbedarf (z.B.

wegen Defiziten im Lern- und Arbeitsverhalten); d.h. wesentlich höherer Zeitaufwand für Differenzierung, Elterngespräche, Absprachen mit Kolleginnen und Kollegen sowie Unterstützern aus dem Bereich der Jugendhilfe und der Schulpsychologie (deren Kapazitäten oft nicht ausreichen bzw. nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen)

- Inklusion ohne angemessene personelle Ausstattung der Schulen und Fortbildung der Lehrkräfte (was letztere häufig vor den nicht lösbaren Konflikt stellt, entweder Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder den Rest der Klasse zu vernachlässigen)



- Mentorentätigkeit für die Betreuung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Lehramtsstudierende im Schulpraktikum ohne jeglichen zeitlichen Ausgleich

Diese strukturellen Probleme werden durch räumliche Enge und mangelnde Rückzugsmöglichkeiten für die Lehrenden noch verstärkt.

Aus diesen Gründen hat das Kollegium der Albert-Einstein-Schule eine Überlastungsanzeige nach §§15-17 ArbSchG gestellt und an den Kultusminister als obersten Dienstherrn appelliert, seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen durch Maßnahmen nachzukommen, die eine deutlich spürbare Entlastung bringen.

Konkret forderten wir:

- die weitere, deutliche Absenkung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl über die nicht ausreichenden 0,5 Stunden für einige Lehrer/innen hinaus

- eine deutliche Erhöhung des Schul- und des Schulleitungsdeputats, um die im Rahmen vielfältiger außerunterrichtlicher Tätigkeiten geleistete Mehrarbeit auszugleichen
- die Senkung der Obergrenzen für die Größe von Klassen und eine erhöhte Zuweisung von Lehrstunden für die Oberstufe, um kleinere Kurse bilden zu können
- darüber hinaus eine Senkung der Klassengröße in den Klassen mit inklusiv zu beschulenden Kindern und Jugendlichen
- die Zuweisung einer Klassenlehrerstunde für alle Klassenleitungen und einer Tutorienstunde für alle Tutorinnen und Tutoren
- die Rücknahme der Kürzung der Lehrerzuweisung in der E-Phase
- die Einrichtung von multiprofessionellen Teams mit fest an der Schule verankerten Förderschullehrkräften und Sozialpädagogen zur Gewährleistung einer inklusiven Beschulung, die kein Kind bzw. keinen Jugendlichen benachteiligt

Sowohl die Missstände und Erschwernisse unserer Arbeit als auch unsere sich daraus ergebenden Forderungen haben wir in unserem Schreiben an den Kultusminister zur Überlastungsanzeige deutlich dargestellt.

Eine Antwort des Ministers steht bis heute aus.

Das halten wir angesichts der großen Dringlichkeit unserer Anliegen für eine Missachtung uns und unserer Arbeit gegenüber. Diese steht in deutlichem Widerspruch zu der vom Kultusminister in zahlreichen Reden und Elternbriefen beschworenen großen Bedeutung der Bildung.

Wir erwarten, dass die angesprochenen Probleme über den aktuellen Wahlkampf hinaus wahr- und ernstgenommen werden und dass auf politischer Ebene endlich an deren Lösung gearbeitet wird.

# Landtagswahl im Kreis Groß-Gerau

Bei der Landtagswahl am 28. Oktober gingen die beiden Direktmandate im Kreis Groß-Gerau jeweils mit knappem Vorsprung an die CDU-Kandidatinnen Sabine Bächle-Scholz (26,1%) und Ines Claus (26,8%). Kerstin Geis (24,6%) und Gerald Kummer (26,3%) von der SPD lagen jeweils auf Platz 2. Beide wurden über die Landesliste der SPD in den Landtag gewählt.

Ebenfalls über die Landeslisten ihrer Parteien wurden Nina Eisenhardt, die für die Grüne Jugend im Wahlkreis Groß-Gerau II angetreten war, und Alexandra Walter (AfD) gewählt. Der 19-köpfigen AfD-Fraktion im neuen Landtag werden mit Alexandra Walter aus Rüsselsheim (Platz 12) und Claudia Papst-Dippel aus Volkmarshausen (Platz 13) gerade einmal zwei Frauen angehören.

Im gesamten Kreisgebiet kam die AfD auf 13,9% der Zweitstimmen, die damit knapp über dem Landesergebnis von 13,1% lag. Unterdurchschnittliche Stimmenanteile gab es in Mörfelden-Walldorf (12,0%), Groß-Gerau und Riedstadt (jeweils 12,6%), Trebur und Büttelborn (jeweils 12,7%). Die höchsten Ergebnisse erzielte die AfD in Biebesheim (17,8%), Raunheim (17,1%) und Kelsterbach (15,8%).

## Alexandra Walter: „Schluss mit der Unterwerfung!“

Ob Alexandra Walter der AfD-Fraktion im neuen Landtag überhaupt angehören wird, war bei Redaktionsschluss von GEW regional noch offen. Der AfD-Landesvorstand stellte fest, dass Walter „den Verdacht, die Urheberin einiger Kommentare auf Facebook zu sein, die auf ein fragwürdiges, einseitiges Geschichtsverständnis schließen lassen, trotz intensiver Nachfragen uns gegenüber bisher nicht nachvollziehbar ausgeräumt“ habe. Walter hatte zuvor die Urheberschaft für die vom Rechercheportal

achtsegel.org veröffentlichten rechtsextremistischen Posts und Likes bestritten, die allerdings kein „fragwürdiges Geschichtsverständnis“ transportieren, sondern ein offen rechtsextremistisches Weltbild.

Während die Facebook-Eintragungen inzwischen gelöscht sind, ist Walters Bewerbungsrede auf dem AfD-Parteitag auf YouTube verfügbar. Gar nichts hält die Doktorandin der Amerikanistik vom Europäischen Jahr des Kulturerbes, denn Deutschland sei eine „Kulturnation und braucht kein aufgezwungenes europäisches Kulturerbe“. Angewidert zeigt sich die Kulturexpertin davon, dass „auch im Kreis Groß-Gerau linke Politik über die Kultur gemacht“ wird und zwar „besonders durch Volkshochschulen“. Dort gebe es „Lesungen von abgehalfterten Alt-Achtundsechzigern, Kunstausstellungen gegen rechts, mitgetragen von Kirchen und Gewerkschaften und Moralpredigten von Migranten“. Mit diesem „Wahnsinn“ will sie Schluss machen: „Kein Tanzen, Malen, Singen und Töpfern gegen rechts“ – am besten überhaupt keine Aktivitäten gegen rechts.

Da für sie Kultur „auch Denkmalpflege“ ist, kümmert sie sich um „eine vernachlässigte Kriegsgräberstätte in Rüsselsheim“. Der „vernachlässigte Zustand vieler Ehrenmäler“ spiegelt für Walter „den maroden Zeitgeist wieder.“ Der Volkstrauertag sei „zu einer linken Politshow verkommen“, der von Bürgermeistern „missbraucht wird, um Hassreden gegen Deutsch-

land zu halten“. Mit der Forderung „Schluss mit der Unterwerfung“ verwendet sie einen zentralen rechtsextremistischen Kampfbegriff. Zu diesem Plädoyer für eine „selbstbewusste und würdevolle Gedenkkultur“ passen die von achtsegel.org veröffentlichten Zitate sehr gut.

Einfach nur „Klasse!“ fand Walter danach einen Vortrag von Dries Coolemans, der als 18-Jähriger freiwillig der Waffen-SS beigetreten war und zur Legion „Flandern“ gehörte, der späteren 27. SS-Freiwilligen-Grenadier-Division „Langemarck“. Für die Niederlage Nazideutschlands macht sie nach dieser Recherche deutsche Soldaten verantwortlich, die „der Schönheit des feindlichen Weibes“ erlagen. Ihr „Verrat“ habe „zur Niederlage Deutschlands nicht unwesentlich beigetragen.“

## Im Gespräch mit Professor Leggewie

Betrachtet man das Wahlverhalten nach Altersgruppen erzielte die AfD ihre größten Erfolge mit 15 % in der Altersgruppe der 35- bis 59-Jährigen. Unterdurchschnittliche Zustimmung gab es bei den 18- bis 24-Jährigen (10%) und bei den Über-70-jährigen (9%). Grund genug, auch junge Menschen verstärkt in die Debatten über die AfD einzubeziehen!

Das tat die Margit Horváth-Stiftung in Mörfelden-Walldorf in einer Diskussion mit dem Kulturwissenschaftler und Politologen Claus Leggewie, an

## Gewerkschaftsfrauen in Hessen wählen SPD und Grüne

Stimmenanteile von gewerkschaftlich organisierten\* Männern und Frauen bei der Landtagswahl in Hessen 2018 (in Prozent)

■ CDU ■ SPD ■ Grüne ■ Linke ■ FDP ■ AfD ■ Andere

### Frauen



### Männer



\* Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)  
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 2018

der mehrere Oberstufen-Kurse der Ricarda-Huch-Schule Dreieich und der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf teilnahmen. Schülerinnen und Schüler mischten sich mit ihren Fragen, die sie im PoWi-Unterricht vorbereitet hatten, bei der öffentlichen Veranstaltung im überfüllten Stadtmuseum aktiv in die Diskussion ein – ein Format, das Schule machen könnte. Sie interessierten sich vor allem für die Frage nach den Parallelen zur Zeit der Weimarer Republik. Leggewie nahm in seinen Antworten kein Blatt vor den Mund: Neben dem vor allem eurokritischen „Professorenflügel“, der weitgehend marginalisiert ist, dominierten in der AfD vor allem die „Wutbürger“ und die „völkisch-autoritären Nationalisten“, die sprachlich und ideologisch an die frühe NSDAP anknüpfen. Der Aufstieg der AfD sei aber vor allem auch der allgemeinen Politikverdrossenheit geschuldet, die durch eine gezielte Delegitimation der „Qualitätsmedien“ und einen „General-Verschiss“ gegen „die“ Politik befördert werde.

Leggewie forderte die Zuhörerinnen und Zuhörer auf, sich wieder aktiv in die Politik einzumischen und die AfD

gerade auch vor Ort in den Kommunalparlamenten zu stellen: „Wir dürfen nicht klein beigeben, sondern müssen dagegen halten und mit den Rechten die Klinge kreuzen.“ Sie zu ignorieren oder durch Geschäftsordnungstricks auszugrenzen, sei der falsche Weg. Die Bedeutung der Europa-Wahl im nächsten Mai dürfe nicht unterschätzt werden, denn es drohe „der Durchmarsch der rechten Nationalisten“.

Gerade in Bezug auf die zunehmend professionalisierten Medienstrategien der AfD in den sozialen Medien hätte man sich mehr spontane Kommunikation der Schülerinnen und Schüler mit Professor Leggewie gewünscht – aber ein Anfang ist gemacht.



*Professor Claus Leggewie im Gespräch mit Schülerinnen der Bertha-von-Suttner-Schule Mörfelden-Walldorf und der Ricarda-Huch-Schule Dreieich.*

*Die öffentliche Veranstaltung der Margit Horváth-Stiftung wurde von der Journalistin Ulrike Holler moderiert.*

Harald Freiling

---

## Personalratsarbeit: Grundschulung für neu gewählte Personalräte

Auch außerhalb der regulären Wahltermine müssen Personalräte neu gewählt werden, wenn Kolleginnen und Kollegen versetzt oder pensioniert werden und keine Nachrücken oder Nachrücker zur Verfügung stehen.

Der GEW-Kreisverband Groß-Gerau lädt deshalb neu gewählte Personalräte an den Schulen im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis zu einer Schulungsveranstaltung ein. Sie vermittelt Grundkenntnisse über die Arbeit mit dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) und stellt eine praktische Einführung in die Arbeit der Schulpersonalräte dar. Sie ist auch zur „Auffrischung“ und zum

Austausch für Kolleginnen und Kollegen geeignet, die bereits Personalratserfahrung haben. Referent ist Harald Freiling als Kreisrechtsberater der GEW im Kreis Groß-Gerau.

**Dienstag, 5. Februar 2019,  
9.00 bis 16.30 Uhr  
Bürgermeister-Hardt-Schule  
Kelsterbach, Mainstraße 21**

Die Veranstaltung ist durch die Hessische Lehrkräfteakademie als Fortbildungsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer akkreditiert (Aktenzeichen 01678559705; ein Fortbildungstag).

Die Teilnahme ist kostenfrei. In der Mittagspause besteht die Möglichkeit zum gemeinsamen Essen in einer nahe gelegenen Gaststätte.

Es handelt sich um eine Schulungsveranstaltung für Personalräte gemäß §40 Absatz 2 HPVG. Personalräten ist Dienstbefreiung zu erteilen. Reisekosten werden auf Antrag durch das Staatliche Schulamt erstattet. Dazu ist ein Beschluss des Personalrats über die Teilnahme gemäß § 42 HPVG erforderlich, der vor der Reise der Schulleitung anzuzeigen ist.

Anmeldungen mit Angabe der Schule formlos per E-Mail an:

**freiling.hlz@t-online.de**

# Protest gegen die AfD in Hofheim am Taunus

Am 14. Oktober 2018 hatte das „Bündnis MTK gegen Rechts“ unter dem Motto „Wir sind mehr“ zu einer Kundgebung auf dem Hofheimer Chinonplatz gegen eine Wahlkampfveranstaltung der AfD in der benachbarten Hofheimer Stadthalle aufgerufen. Für die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main, die dem Bündnis angehört, forderte Philipp Jacks zum Protest gegen eine Partei auf, die offen neonazistische Parolen unterstütze, eine fremdenfeindliche Politik betreibe und für Arbeitnehmer\*innen inhaltlich nichts zu bieten habe.

Eine zentrale Rede der Protestkundgebung hielt Martin F. Herndlhofer. Er ist Mitglied der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ der deutschen Sektion von Pax Christi. Wir dokumentieren die Rede in leicht gekürzter Form.

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

heute im Jahre 2018 stehen wir vor einem neuen, im Grunde aber recht alten, nun europaweit wuchernden – ich nenn’ es mal: „Phantasma“, wenn sich in unterschiedlichen Ländern gar nicht so unterschiedliche politische Bewegungen bilden, an die Macht streben und sich in Deutschland gar als „Alternative“ empfehlen. Wir müssen das Ganze verstehen lernen – nicht wieder nur vordergründig und oberflächlich, sondern als Auswirkung einer größeren, systemischen und globalen Problemlage.

## Wo liegen die Wurzeln – hier im Land?

Wir erleben heute einen furchtbaren Wachstumsprozess menschenverachtender, sich brutalisierender Bewegungen und Kreise in den Parteien und im Staatsapparat, sie überprüfen und ernähren diese gleichzeitig. Es tut mir Leid, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier in Hofheim. Auch wenn wir das lieber anders hätten – das alles kommt nicht vom „Rand“ der Gesellschaft, die „Brutstätte“ liegt vielmehr direkt in der berühmten „Mitte“, in dem Schoß, in dem es gereift wurde. Das, was sich hier als Alternative für Deutschland behauptet, das sind nicht die da draußen, die sind aus unserer Mitte, das sind eigentlich Leute wie wir.

Dies macht unser Problem hier mit der AfD nicht unbedingt einfacher. Vor allem können wir das, was sich in dieser Partei auftut, nicht einfach abschütteln, als hätten wir mit seiner Entstehung nichts zu tun gehabt. Wir sollten die Neonazis und Rassisten sehr ernst nehmen. Andererseits sollten wir sie auch wieder nicht zu ernst nehmen, andere [Verantwortliche] dafür aber umso mehr. Damit meine ich die sogenannte Mitte der Gesellschaft. Was haben die Wut- und Hass-

bürger mit der Leitkultur zu tun, der manche Christdemokraten hinterherträumen?

## Ein Rückblick

Zunächst einmal müssen wir uns erinnern, wirklich erinnern. Wer sich nicht erinnert, ist schnell zu täuschen und deshalb leicht zu beherrschen. Das Gegenteil von erinnern wäre verschweigen, verdrängen, oder einfach kritiklos glauben – am besten irgendwelche Fakes, je einfacher, desto lieber. Erinnern bedeutet auch heute: Nie wieder wegschauen. (...) Das ist eine Daueraufgabe. Dies ist auch der Kern der Erkenntnisse, an die das Ehepaar Assmann bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels heute Mittag in der Paulskirche erinnert hat. (...)



Ich spreche zunächst von dem alten Erbe: Beim Frankfurter Auschwitzprozess 1960 und folgende gab es sowohl von staatlicher Seite als auch aus der Bevölkerung massiven, zum Teil hassvollen Widerstand [gegen das Erinnern]. Wir dürfen diese Reaktion von damals nicht vergessen. Fritz Bauer, der Generalstaatsanwalt, der den Prozess maßgeblich politisch durchgesetzt hat, sagte: „Wenn ich aus dem Haus trete, habe ich das Gefühl, ich bin in Feindesland.“ Dieser Hass schien verschwunden zu sein, taucht aber plötzlich völlig ungehindert und

schamlos wieder auf. Wo war er bloß die ganze Zeit?

Vor einigen Jahren hat eine Untersuchung eröffnet, dass ca. 15% der Deutschen für rechte bzw. rechtsradikale und rassistische Sprüche stehen. Damals war noch kaum ein Flüchtling im Land aufzufinden. Diejenigen, die sich nie, überhaupt nie mit dem faschistischen Erbe auseinandergesetzt hatten, sagten von Anfang an und alle Jahre wieder bis heute: Einmal muss doch Schluss sein. Dabei hatten sie nie einen Anfang gemacht mit dem Erinnern, dem Begreifen wollen usw.

Doch bevor es zur Hetze von heute gekommen ist, wurde zunächst einmal gezündelt von Brandstiftern, die Biedermänner waren und sind. Sie erinnern sich: Herr Koch in Hessen [führte] eine Abstimmung vordergründig gegen doppelte Staatsbürgerschaft [durch]. Koch sagte es nicht offen, aber die Leute hatten die Absicht verstanden und kamen und sagten: „Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?“ Oder ein Herr Tillich in Sachsen, der mit großer Geduld die Neonaziszene toleriert hat. Und sein Vorgänger Biedenkopf, der konsequent und über lange Zeit so etwas wie Rassismus im Land schlichtweg wegbehauptete. Oder die diversen Sarrazins. Oder die Herren Söder und Seehofer – sehr aktuell – die das christsoziale Vorfeld der AfD pflegen.

## Aus der Mitte der Gesellschaft

Es ist schon grotesk: Da füttert diese sogenannte demokratische Mitte, (...) diese selbst ernannte demokratische Mitte mit Worten und mit Taten das Milieu, aus dem sich rechtskonservative und nationalistische bis hin zu offen rassistische Gruppen bilden. Und dann sagt die berühmte Mitte in einem einzigen Satz: Das ist ja

schlimm, was sich da links- und rechtsaußen an Extremismus tut. Und sie klagt und ist so was von besorgt, diese politische Mitte.

Das ist so, als ob auf dem Fußballfeld die Mitte ihr Spiel spielt mit Steilvorlagen nach rechts außen. Und die dort nehmen das immer wieder freudig an, sagen leise danke, denn jetzt dürfen sie noch eins draufsetzen, und der Hass brüllt und es fließt Blut und es brennt.

Und wieder ist die Mitte erneut ganz empört und klagt und verspricht: Wir müssen etwas gegen diese Extreme unternehmen – die links und die rechts. Unbedingt weiter gegen links....und gegen rechts. Das ist Demagogie vom Feinsten (...) und reicht zurück bis in die Adenauerzeit. Nein, ihr Kleinbürger der Mitte, ihr „Mittelfeld-Spieler“, ihr spielt mit denen rechts außen auf dem gleichen Spielfeld und ihr spielt das gleiche Spiel. Und ihr seid in diesem Spiel nicht selten auch international vernetzt. Ihr seid gemeinsam mit denen sozusagen eine Mannschaft, nur mit verteilten Rollen. Wie auf dem Fußballfeld spielt ihr denen die Bälle zu. Und sollten sich besonnene Schiedsrichter dagegen melden, haben sie nichts zu pfeifen.

Mich erinnert das an das Motto in Willy Brandts Ostpolitik: „Wandel durch Annäherung“. Damals dachte man an den Wandel in den sozialistischen Staaten. Heute wird der Spruch ganz anders wahr: Wandel der CDU und CSU durch Annäherung - an die AfD. Und so sieht das dann auch aus am Ende des Tages nach der Wahl in Bayern.

### **Auf dem rechten Auge blind?**

Und dann bedauern andere wiederum und klagen: „Politiker oder diverse Sicherheits- und Schutzapparate, die sind doch am rechten Auge blind!“ Der Spruch führt schon wieder in die Irre. Denn was passiert wirklich? Es passiert, dass nicht wenige in den politischen und Sicherheitsapparaten gerade hier auf dem rechten Auge ziemlich gut sehen. Sie sehen sich nämlich einem anderen rechten Auge gegenüber, das ihnen oft gar nicht so fremd ist und deshalb gar nicht besonders gefährlich erscheint. Und sie entwickeln Schonungsgeföh-

le, die Seehofers und Maaßens, und schaffen es sogar, ein mörderisches Trio zehn Jahre lang unbehelligt töten zu lassen - eine mordende NSU Bande ungeschoren mit Wissen und zugleich finanzieller Ernährung durch den Verfassungsschutz. Das geht doch nur mit einem offenen rechten Auge.

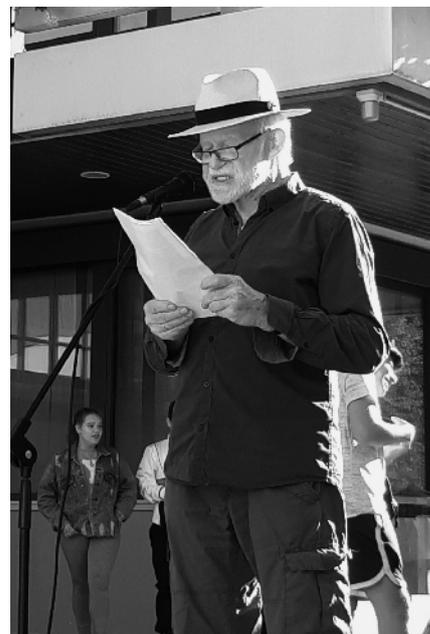
Lange brüllten die Glatzen früher: „Ausländer raus.“ Jetzt ist das Politik, Konsens der Demokraten halt. „Geht mal euren Phrasen nach“, sagte schon vor genau 200 Jahren der Dichter Georg Büchner. Ich frage Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer: Wieso – wenn heute Flüchtende überflüssig gemacht werden und ihnen das Lebensrecht hier im Lande verwehrt wird und die AfD steht dafür und nicht nur sie – wieso werden wir hier nicht morgen genauso überflüssig sein, entsorgt werden, nicht mehr dazu gehören, Abfall und Rausfall? Sollen uns dann etwa die richtigen Papiere schützen? Das ist ja lächerlich. Bereits heute schützt einen Deutschen mit schwarzer Hautfarbe sein deutscher Pass nicht mehr.

Denn da wird dann nur mehr getrennt in solche, die dazugehören, weil sie verwertbar sind, und nach denjenigen, die sozial nicht genehm oder als Arbeitskraft zu teuer oder nicht bereit sind, die politischen Halbwahrheiten oder Fake News nachzubeten und sich stattdessen gar eine eigene Meinung bilden, oder gar die nächste gigantische Pleite der Finanzmärkte als Steuerzahler nicht schon wieder tragen wollen.

Was dann? Wenn wir uns nicht dagegen wehren, diesmal richtig – was dann? Es geht um politische Gesundheitsreform. „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie ein Geschichtsbuch oder fragen Sie Ihre Großeltern“. Und dann heute – die da vorbeitrampeeln, mit Lügengeschrei, ausgerechnet die Größen von „Widerstand“, am Verstand vorbei, ein Marschschritt, der dann die Form des Tretens nach unten und schließlich auch nach allen Seiten anzunehmen bereit ist. Aber sicher nicht nach oben in die Konzern-Etagen.

### **Worum geht es heute?**

Leben und andere leben lassen! Wir fordern den Schutz des materiell und



seelisch beschädigten Lebens, egal wo es her kommt, dieses Leben, Schutz vor der Ausgrenzung ungezählter und unzähliger Menschen in Süd und Nord, vor einer Wirtschafts- und Lebensweise, die das Überleben der Menschheit bedroht. „Diese Wirtschaft tötet“, sagt Papst Franziskus.

Die Würde des Menschen ist unantastbar? Vom Pass, den der Mensch bei sich hat, steht dabei nichts in der Verfassung. Auch nicht von der Hautfarbe, ob mit oder ohne Bart oder Kopftuch. Die Würde des Menschen als Flüchtling ist heute jedoch für viele nicht mehr bezahlbar, rechnet sich nicht.

Unantastbar ist jedoch die würdefreie Steuerflucht und die Bereicherung einiger Weniger in Milliardenhöhe auf Kosten der Bevölkerung, siehe den Reichtumsbericht in Deutschland. Aber vermutlich sind in der simplen Welt der AfD für diese Verbrechen an uns schon wieder irgendwelche Flüchtlinge schuld – Steuer-Flucht und so. Ganz früher wären es sicher die Juden gewesen. So einfach ist das, wenn man den Verstand nicht strapazieren will und von Empathie nichts hält und einem Solidarität als links-versifft erscheint.

Darum geht es – auch heute.

### **„Wer Frieden will, der Sorge für Gerechtigkeit“**

*(Inscription auf dem Grundstein des Gebäudes der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, die 1919 gegründet wurde.)*

# 100 Jahre Novemberrevolution in Deutschland

## Ein Blick in die Region

Der DGB Südhessen und die CGT Alsace haben unter dem Titel "Rote Fahnen" eine Ausstellung zum Kriegsende 1918 und zur Novemberrevolution im Großherzogtum Hessen Darmstadt und in Straßburg erstellt. Texte der Ausstellung sowie Dokumente und Hintergrundinformationen können unter <https://www.rotefahne1918.eu/> im Netz eingesehen, die Ausstellung mit 22 Roll-Ups kann von Schulen ausgeliehen werden. GEW regional 4-18 geht auf die Situation der Soldaten bei Kriegsende und die konkreten Entwicklungen in Darmstadt und im Kreis Groß-Gerau ein, die HLZ März 2019 stellt das deutsch-französische Gesamtprojekt vor. Die Beilage „Hessischer Volksfreund“ gibt es als Klassensatz bei der Redaktion.



### Krieg und Revolution

Millionen Soldaten verbluteten auf den Schlachtfeldern des ersten Weltkrieges, Millionen Zivilisten fielen Krieg, Hunger und Seuchen zum Opfer. Für ein paar Meter Geländegehalt wurden bedenkenlos hunderttausende Menschenleben "verheizt". Der Weltkrieg, vor dem Sozialisten wie Jean Jaurès, August Bebel und Rosa Luxemburg vergeblich gewarnt hatten, war schreckliche Wirklichkeit geworden. Der Krieg (1914-1918) war ein imperialistischer Krieg, für den die kaiserlich-deutsche Reichsregierung, die ihn durch ihren Griff nach der Welt Herrschaft auslöste, die Hauptverantwortung trägt.

Über die Frage der Haltung zum Krieg und die Zustimmung zu den Kriegskrediten spaltete sich die SPD. Im Dezember 1914 war Karl Liebknecht

der einzige, der die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte, im Verlauf des Krieges schlossen sich ihm weitere SPD Reichstagsabgeordnete an und gründeten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD).

1917, im dritten Kriegsjahr, meuterten weite Teile der französischen Armee gegen den Krieg. Die Februarrevolution 1917 in Russland führte zur Abdankung des Zaren, die Oktoberrevolution beendete den Krieg im Osten. Der revolutionäre Funke sprang mit Verzögerung auch auf Deutschland über. Auf den deutschen Kriegsschiffen hatte sich seit langem eine kriegsmüde und kriegsfeindliche Stimmung ausgebreitet. Die schwimmenden Festungen des Kaisers, die die Matrosen, „schwimmende Gefängnisse“ und „stählerne Särge“ nannten, waren ein Abbild der wilhel-

minischen Klassengesellschaft: oben das adlige und gutbürgerliche Seeoffizierskorps, ganz unten die Matrosen und Heizer. Während die Mannschaften hungerten, wurde in den Offizierskasinos auch im Krieg festlich getafelt.

Die Revolution der Arbeiter und Soldaten im Jahr 1918 war eine Auflehnung gegen Krieg, Hunger, Elend und Unterdrückung, für eine durchgreifende Demokratisierung der Gesellschaft, für bessere Lebensbedingungen und soziale Rechte. Mit der Novemberrevolution 1918 wurde das Kaiserreich formal beendet. Der Kaiser und 22 Könige, Großherzöge und Fürsten – unter ihnen der Großherzog Ernst Ludwig von Hessen – wurden gestürzt und der Krieg beendet. Mit dem Ende der Monarchie erlitt der deutsche Untertanengeist einen ersten Dämpfer.

### Veranstaltungen

**Montag, 21. Januar 2019,**  
18:00 Uhr

Vortrag von Prof. Dr. Gerd Lautner,  
TU Darmstadt  
**Die Verfassungen 1918/1919 in  
Hessen(-Darmstadt) und im  
Deutschen Reich**

Ort: Haus der Geschichte,  
Darmstadt, Karolinenplatz 3  
Veranstalter: Historischer Verein für  
Hessen e.V. in Kooperation mit dem  
DGB Südhessen

**Montag, 4. Februar 2019,**  
18:00 Uhr

Vortrag von Andreas Greim,  
Reinheim  
**„Erfahrungsraum“ und „Erwar-  
tungshorizont“ der Revolution von  
1918/19 am Beispiel des Offen-  
bacher Arbeiter- und Soldatenrates**

Ort: Haus der Geschichte,  
Darmstadt, Karolinenplatz 3  
Veranstalter: Historischer Verein für  
Hessen e.V.

**Montag, 25. Februar 2019,**  
18:00 Uhr

Vortrag von Dr. Kerstin Wolff, Archiv  
der deutschen Frauenbewegung  
Kassel  
**„Auch wir wollen die Wahl  
haben!“ 100 Jahre Frauen-  
wahlrecht in Deutschland**

Ort: Haus der Geschichte,  
Darmstadt, Karolinenplatz 3  
Veranstalter: Historischer Verein für  
Hessen e.V. in Kooperation mit der  
Luise-Büchner-Gesellschaft e.V.

## Untertanengeist

Die deutsche Geschichte bietet wenig positive Bezugspunkte für die Begründung einer demokratischen Tradition. Das "Zweite Reich", das deutsche Kaiserreich, kam nicht auf demokratische Weise durch Bewegung von unten zustande, es war das Ergebnis einer aggressiven militaristischen Politik Preußens, die gezielt die Reichsgründung von oben – mit Blut und Schwert als Gründungsmythos – vollzog.

Die Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Liebknecht und August Bebel, lehnten diese sogenannten „Einigungskriege“ ab. Trotz und gegen die sich entwickelnde Arbeiterbewegung dominierte aber der preußische Militarismus und Untertanengeist das politische Klima des neuen deutschen Staates. Die SPD bekannte sich in der Folgezeit zwar nach wie vor zum Internationalismus, schwenkte dann aber bei Kriegsausbruch auf eine nationalistische Linie ein und bewilligte regelmäßig die "Kriegskredite". Der SPD-Abgeordnete Haase verkündete 1914 im Namen der SPD: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“.

## Eine Revolution der Soldaten

Fotos von begeistert in den Krieg ziehenden Soldaten und jubelnden Passant\*innen finden sich in allen Publikationen über den ersten Weltkrieg, auch in vielen Schulbüchern. Sie verdecken, dass die Reaktion eines Teils der Bevölkerung auf den Krieg anders aussah. In den Tagen vor Kriegsausbruch rief die "SPD Berlin" zu einer Anti-Kriegs-Demonstration auf, an der sich trotz offiziellen Verbots mehr als 100.000 Menschen beteiligten. In der Arbeiterschaft und bei der ländlichen Bevölkerung herrschte kein patriotischer Überschwang, eher Angst und Verzweiflung und in den Grenzgebieten des deutschen Reiches, etwa in Elsass-Lothringen, fehlte jede Kriegsbegeisterung. Trotzdem folgten Millionen gehorsam dem Befehl,

sich auf die Schlachtbank zu begeben.

Arnold Zweig nannte es "Erziehung vor Verdun". Massenhaft machten die Soldaten des Weltkrieges aller Nationen die Erfahrung, dass sie für skrupellose Offiziere, für eine nur kriminell zu nennende "Oberste Heeresleitung" und einen Krieg, von dem nur die Reichen profitierten, gegen ihresgleichen gehetzt wurden. Insbesondere gegen Ende des Krieges kommt es immer wieder zur Verbrüderung über die Schützengräben hinweg und der Aufstand der Kieler Matrosen wird zum befreienden Fanal. Überall bricht das "Reglement" zusammen. Soldaten weigern sich, ihre Peiniger von einst weiter zu grüßen, unsinnigen Befehlen zu gehorchen; Offizieren werden die Schulterstücke abgerissen, es beginnt so etwas wie die Rückbesinnung auf das eigene Menschsein. Überall werden Soldatenräte gegründet als Ausdruck einer neuen Zeit. Aus herumkommandierten Objekten, werden selbstständig handelnde Menschen, die einzigen wirklichen Helden dieses Krieges. Ihr Symbol: die Rote Fahne.

## Vom Großherzogtum zum Volksstaat



Zum Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen gehörten damals vor allem zwei Staatsgebilde: die preußische Provinz Hessen Nassau mit den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden und das Großherzogtum Hessen mit den Provinzen Oberhessen, Starkenburg und Rheinhessen. Die mit Kriegsende nach Hause strömenden Soldaten tragen die Revolution auch in das Großherzogtum Hessen. Hier treffen sie auf eine politische Situation, die sich deutlich von der in Berlin, Hamburg, Straßburg oder München unterscheidet. Die USPD, die in Berlin (scheinbar) gleichberechtigt am "Rat der Volksbeauftragten" beteiligt ist, spielt im Großherzogtum kaum eine Rolle und innerhalb der Arbeiterschaft ist die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) die dominierende Kraft. Ihr oberstes Ziel: ein bisschen Revolution und vor allem "Ruhe und Ordnung" bewahren.

Darmstadt war 1918 Hauptstadt des Großherzogtums Hessen. Der hier regierende Großherzog Ernst Ludwig war in bürgerlichen Kreisen, etwa der Rüsselsheimer Unternehmerfamilie Opel, hoch angesehen. Darmstadt war eine stark militarisierte Stadt. 1890 gehörten von 84.000 Einwohner\*innen 5.000 dem Militär an, die

Zahl der bei Kriegsende in Darmstadt stationierten Soldaten war wesentlich höher. Am 8. November sprang der revolutionäre Funke zunächst auf den Griesheimer Truppenübungsplatz über. Trotz der nach wie vor drohenden Militärgerichtsbarkeit brachten die Soldaten den Mut auf, einen Soldatenrat zu wählen und dem Gedanken zu folgen, dass es auch ohne Herrscherhäuser von Gottes Gnaden geht. Die Darmstädter Garnison schloss sich den Griesheimer Soldaten an. Etwa 7.000 Soldaten zogen vor das Neue Palais und forderten die Gefangenahme des Großherzogs.



Der sozialdemokratische Stadtverordnete Heinrich Delp sprach zu den Soldaten, sorgte für eine „Beruhigung“ der Situation und bewahrte den Großherzog vor der Verhaftung.

Am 9. November 1918 fanden in fast allen größeren Betrieben Darmstadts Betriebsversammlungen statt. Es bildete sich ein "Arbeiter- und Soldatenrat" unter dem Vorsitz des Redakteurs des "Hessischen Volksfreundes" (sozialdemokratische Tageszeitung) Wilhelm Knoblauch. Der Großherzog wurde abgesetzt. Auf einer großen Versammlung auf dem Darmstädter Marienplatz riefen die sozialdemokratischen Politiker Carl Ulrich und Ludwig Quessel die Versammelten zu Disziplin und Ordnung auf und forderten einen "Volksstaat Hessen" zu errichten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte am Nachmittag des 9. November Hessen zur freien sozialistischen Republik, die am folgenden Tag vom Land- und Reichstagsabgeordneten Carl Ulrich offiziell ausgerufen wurde. Ulrich wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat mit der Bildung einer neuen Regierung unter Führung der SPD

beauftragt. Mit einer Großdemonstration feierten die Darmstädter am 10. November Frieden und Republik und am 11. November wurde verkündet:

„Soldaten, Bürger! Die Regierungsgewalt ist auf das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig, um sein Schicksal selbst zu bestimmen.“

### Arbeiter und Soldatenräte im Kreis Groß-Gerau

Die Kreisstadt Groß-Gerau liegt an der Bahnlinie Mainz - Darmstadt. In Mainz hatte sich am 9. November aus der Mitte der Mainzer Garnison und Arbeiterschaft ein Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) gebildet. Von ihm ging offensichtlich die Bildung eines Groß-Gerauer Soldatenrates aus, der für den 15. November zu einer öffentlichen Versammlung in den Adlersaal zu dem Thema "Die neue Zeit und ihre Folgen" einlud und in deren Rahmen

## Großkundgebung in Rüsselsheim

Am 11. November fand um vier Uhr nachmittags in Rüsselsheim eine Großkundgebung „Rüsselsheimer Arbeiter und Bürger für ein freies Hessen“ statt. Die Kundgebung wurde gemeinsam organisiert von der „Rüsselsheimer Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen“. Dies ist beachtenswert, da ansonsten keine weiteren gemeinsamen Aktivitäten von MSPD und USPD im Kreis Groß-Gerau bekannt sind. Interessant ist auch, dass hier zum Teil kontroverse Positionen formuliert werden. Der Hessische Volksfreund berichtete:

„Auf ein Signal hin wurden die Opel-Werke stillgelegt. Zu Hunderten strömten nun die Arbeiter und Bürger von Rüsselsheim auf den großen Platz vor der Kirche, der bald von einer riesigen Volksmenge bedeckt war. Als Redner waren aus Darmstadt Reichstagsabgeordneter Dr. Quessel, aus Frankfurt der Matrose Sembol und der Soldat Schnitzer erschienen.“

*Als erster Redner sprach Dr. Quessel, der zunächst den Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates und Gottesgnadentums im Sturm und Wetter der deutschen Revolution, die wir in den letzten Tagen erlebten, in seinen Einzelheiten schilderte.*

*Was speziell die Revolution in Hessen betrifft, so haben gewisse Kreise des Bürgertums daran Anstoß genommen, dass der Arbeiter- und Soldatenrat den Herzog abgesetzt habe. Dazu sei zu sagen, dass, nachdem die Hohenzollern im Reiche total abgewirtschaftet hätten, auch für das Gottesgnadentum in Hessen kein Platz mehr sei....*

*Übrigens sei es nicht wahr, dass der Arbeiter- und Soldatenrat Ernst Ludwig gefangen halte. Nur zu seiner Sicherheit sei ein Wachkommando in das neue Palais gelegt worden....*

*Auch die Angst des Bürgertums darüber, dass die hessische Republik sich als sozialistisch bezeichne, sei überflüssig.*

*Der Arbeiter- und Soldatenrat habe mit dem Bolschewismus nichts zu tun. Er habe ausdrücklich das Privateigentum als gesetzliche Institution anerkannt und mit Energie jeden Angriff auf dasselbe verhindert. Die Bezeichnung sozialistisch soll nur besagen, dass die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates getragen und durchdrungen ist von den sozialistischen Idealen der Solidarität, der Freiheit und Brüderlichkeit....*

*Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Rede Quessels ergriff der Matrose Sembol das Wort, der in packenden Worten die große Freiheitsbewegung der Soldaten und Arbeiter schilderte, die Deutschland in wenigen Tagen zu einem freien Staat gemacht habe und die uns auch die Sicherheit biete, dass es dem Werktätigen Volk einst gelingen werde die Festung des Kapitalismus zur Übergabe zu zwingen. Beide Redner fanden stürmischen Beifall.“*

die Wahl des Groß-Gerauer "Arbeiter- und Bauernrates" stattfand. Am 16.11.1918 verkündete das Groß-Gerauer Kreisblatt:

*„Das Kreisamt Groß-Gerau hat sich durch seinen Kreisdirektor Dr. Wallau dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. Er wird im Einvernehmen mit dem Ausschuss alle Maßnahmen treffen, die im Interesse der Bevölkerung, namentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und zur Sicherung der Ernährung notwendig sind. Vorgesetzte und Soldaten haben ihre Abzeichen zu tragen. Das Vorgesetztenverhältnis besteht nur im Dienst. ... Nach 10 Uhr abends dürfen weder Militär- noch Zivilpersonen ohne Ausweis auf der Straßeweilen.“*

Bereits vorher hatten sich im Kreis-Groß-Gerau Räte gebildet, über deren konkrete Tätigkeit allerdings bisher wenig bekannt ist. Die ausführlichsten Informationen bietet die damalige Tageszeitung „Hessischer Volksfreund“.

**Ginsheim:** Wahl eines Arbeiter- und Bauernrates am 10.11.1918 im Rahmen einer von Bauernbündlern einberufenen Bürgerversammlung. Die Ginsheimer SPD steht dem Rat kritisch gegenüber.

**Goddelau:** Vertrauensleute der einzelnen Dienststellen für Goddelau bilden am 11.11.1918 einen Arbeiter- und Soldatenrat, der dem 18. Armeekorps in Frankfurt am Main untersteht.

**Mörfelden:** Hier erfolgte die Gründung des Arbeiter- und Soldatenrates am 16.11.1918. "Er hat die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hand genommen. Sämtliche Behörden der Zivilverwaltung setzen ihre Tätigkeiten in gewohnter Weise fort"

**Rüsselsheim:** Bei Opel wird am 20.11.1918 ein Arbeiterrat gegründet. Es ist unklar, ob es sich um eine Initiative aus der Arbeiterschaft oder einen Versuch der Firmenleitung handelt, die Beschäftigten in Richtung "Sozial-

partnerschaft" zu orientieren.

**Königstädten:** Bei einer allgemeinen von der SPD einberufenen Volksversammlung wird am 23. 11. 1918 ein Arbeiter und Soldatenrat gewählt.

**Walldorf:** Für Walldorf berichtet die Pfarrchronik, allerdings ohne Datumsangabe, von der Wahl eines Arbeiter und Soldatenrates.

#### **Alle Macht den Räten?**

Zunächst gedacht als revolutionäre Organe zum radikalen Umbau der Gesellschaft nahmen die Arbeiter- und Soldatenräte je nach den politischen Bedingungen vor Ort unterschiedliche Funktionen wahr. Die



Kieler Postkarte November 1918

Arbeiter- und Soldatenräte wurden im Kreis Groß-Gerau mit zeitlicher Verzögerung und nur für kurze Zeit gebildet. Der Landkreis Groß-Gerau gehörte fast vollständig zum Brückenkopf Mainz und die Stadt Mainz wurde am 8. Dezember 1918 von französischen Soldaten besetzt. Die Soldatenräte wurden aufgelöst, Arbeiter- und Bauernräte bestanden zum Teil noch einige Wochen weiter fort.

Im Groß-Herzogtum Darmstadt bzw. im Volksstaat Hessen wurden die Räte von Anfang an als Interimsorgane bis zur Wahl der Hessischen Volkskammer angesehen. Dennoch kam es in der kurzen Zeit der Existenz der Räte immer wieder zu Konflikten im Hinblick auf deren Zuständigkeit, so etwa

in Groß-Gerau. Überall wurden im Deutschen Reich zu dieser Zeit "Ehrenpforten" für die heimkehrenden Soldaten errichtet. Für Groß-Gerau hatte der Soldatenrat beschlossen, die Ehrenpforten je mit einer roten und je einer weißroten Fahne zu schmücken. Der alte Bürgermeister berief jedoch den noch nicht neu gewählten Gemeinderat ein und dieser lehnte es am 21. November ab, auf der Ehrenpforte auch eine rote Fahne anzubringen. Der "Hessische Volksfreund" kommentierte dies am folgenden Tag:

*„Der Groß-Gerauer Arbeiter- und Soldatenrat hat in der freien Republik Hessen sowohl die Macht als auch das Recht, als in politischen Fragen vorgesetzte Behörde der Bürgermeisterei durch einfache Verordnung seinen Beschluss zur Geltung zu bringen. Fügt sich der Bürgermeister nicht, so kann der Groß-Gerauer Arbeiter und Soldatenrat ja bei dem Hessischen Arbeiter-Bauern- und Soldatenrat seine Absetzung beantragen. Es wäre eine Schmach, wenn sich die Groß-Gerauer Arbeiterschaft solche reaktionäre und monarchistische Umtriebe gefallen ließe. Die Revolution, die den Kaiser zur Abdankung zwang und den Großherzog absetzte, wird vor dem Groß-Gerauer Winkeldespoten wahrlich nicht Halt machen.“*

Trotz dieser markigen Worte konnte sich der Arbeiter- und Soldatenrat gegen die faktische Dominanz des Bürgertums nur bedingt durchsetzen. Letztlich fand sich die rote Fahne neben der kaiserlichen Reichsflagge und einem Fähnchen mit dem Hakenkreuz.

In der Auseinandersetzung um die Beflaggung der Ehrenpforte scheint das Grunddilemma der Revolution 1918/19 auf: Soll die Monarchie abgeschafft und sollen die sie stützenden Institutionen wie die Armee, die politischen Organe und die Verwaltungen grundsätzlich neu strukturiert und demokratisiert werden oder gelingt es den alten Eliten, Machtpositionen zu behalten und wieder auszubauen?



Foto: Stadtarchiv Groß-Gerau

## Die abgewürgte Revolution

Die Revolution wandelte das Großherzogtum in den „Volksstaat Hessen“ um. Die hiesigen Arbeiter- und Soldatenräte wurden vollständig von der Mehrheitssozialdemokratie dominiert und radikalere Stimmen, wie etwa das zur USPD übergetretene Mitglied des Hessischen Arbeiter- und Soldatenrates Dr. Wolff, umgehend ausgeschaltet. Der einzige vom Rat in eigener Verantwortung vollzogene revolutionäre Akt war die Absetzung des Großherzogs, auf die jedoch sogleich die Aufforderung an die SPD-Landtagsfraktion folgte, eine republikanische Regierung zu bilden. Diese wurde am 14. November vorgestellt. Ihr gehörten neben dem Sozialdemokraten Carl Ulrich als Ministerpräsident zwei weitere Vertreter der SPD sowie ein Vertreter der Fortschrittspartei (später DDP) und ein Vertreter des Zentrums an. In der Folge wurden die Arbeiter- und Soldatenräte zu Hilfsorganen zur Bewältigung der Nachkriegskrise. Die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“, die Versorgung mit Lebensmitteln und andere Alltagsfragen rückten in den Vordergrund. Gesellschaftspolitische Perspektiven verschwanden, anders als etwa in Frankfurt und Hanau, völlig aus dem Blick.

Die Bildung der neuen Regierung unter Einbeziehung des Bürgertums signalisierte bereits, dass die SPD im

Volksstaat Hessen weit davon entfernt war, eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung radikaler Demokratisierung und Sozialismus voranzutreiben. Ihr Verhältnis zu den Arbeiter- und Soldatenräten war taktisch. Unvermeidbar erscheinende Veränderungen wurden vollzogen, und die politische Mobilisierung von Soldaten und Arbeitern abgebremst. In Mainz wurden etwa 50 Matrosen, die am 8. November eintrafen und die Revolution vorantreiben wollten, auf Betreiben des Sozialdemokraten Bernhard Adeling verhaftet und aus der Stadt geschafft und in Darmstadt eine große Friedensdemonstration am 10. November durch einen fälschlich ausgelösten Fliegeralarm vorzeitig beendet.

### Fazit

Auch wenn die große gesellschaftliche Umgestaltung ausblieb, mussten die Erfolge der Revolution festgehalten werden:

- Der Krieg wurde beendet.
- Die Monarchie, die Zensur und das Klassenwahlrecht wurden abgeschafft.
- Das Frauenwahlrecht, die Kultur der Betriebs- und Personalräte und der 8-Stundentag wurden eingeführt.

Die Schwächen und die Inkonsistenzen der Revolution zeigten sich aber bald. Die Mächtigen rollten die Revolution zurück, die parlamentarische Demokratie wurde nicht durch soziale Grundrechte erweitert, die Sozialisierung von Banken und Großindustrie unterblieb, der 8-Stundentag wieder durch den 10-Stundentag ersetzt und letztlich konnten die erstarkten reaktionären und monarchistischen Eliten im Januar 1933 die Macht an Adolf Hitler übergeben. Das Jahr 1933 ist nur vor dem Hintergrund der gescheiterten Novemberrevolution zu begreifen.

*Bernd Heyl*

<sup>1</sup> siehe: <https://www.rotefahne1918.eu/>

<sup>2</sup> „Als prinzipielle Gegner jedes dynastischen Krieges, als Sozialrepublikaner und Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation, die ohne Unterschied der Nationalität alle Unterdrücker bekämpft, ... können wir uns weder direkt noch indirekt für den gegenwärtigen Krieg erklären...“ Zitiert nach: Die neue Zeit und ihre Folgen. Alltag-Politik-Personen. Groß-Gerau 1869-1956, Magistrat der Stadt Groß-Gerau 1992, S. 17

<sup>3</sup> vgl.: Allgemeine Kriegsbegeisterung ist eine Mär. Süddeutsche Zeitung 6. August 2014

<sup>4</sup> Hessischer Volksfreund vom 12. November 1918

<sup>5</sup> Hessischer Volksfreund vom 20. November 1918

<sup>6</sup> Hessischer Volksfreund vom 20. November 1918

<sup>7</sup> Hessischer Volksfreund vom 21. November 1918

<sup>8</sup> siehe zu den AuSR im Kreis Groß-Gerau auch: Ute Hummel, Entwicklungen und Folgen der Revolution 1918/19 in Darmstadt und im Landkreis Groß-Gerau, nicht veröffentlichte Wissenschaftliche Hausarbeit, 1971

<sup>9</sup> Hessischer Volksfreund v. 23. November 1918. Digitalisiert nachlesbar unter: <http://tudigit.ulb.tu-darmstadt.de/show/Za-63-1918/1020>

<sup>10</sup> vgl. hierzu: Judith Pakh, Die Revolution in Hessen – einige Grundzüge. In: Ulla Plener (Hrsg.), Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland, Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Berlin 2009. Judith Pakh gibt einen guten Überblick über die Ereignisse sowohl in der preußischen Provinz Hessen-Nassau als auch im Volksstaat Hessen. Der Text kann als Audiodatei heruntergeladen werden: <https://www.rosalux.de/die-novemberrevolution-191819-fuer-buergerliche-oder-sozialistische-demokratie.html>

Arbeiter, Bauern, Bürger,  
Soldaten und Frauen!

Heute abend <sup>1</sup>/<sub>2</sub> 9 Uhr im Adlersaale

## öffentl. Volksversammlung

Referent: Kamerad Knans-Offenbach, Mitglied des hessischen Arbeiter- und Soldaten-Rates Darmstadt, spricht über „Die neue Zeit und ihre Folgen“. Ferner findet die Wahl eines Arbeiter- und Bauern-Rates statt.

Arbeiter, Bauern, Bürger, Soldaten und Frauen, Euer Erscheinen ist sehr wichtig, da über die letzten politischen Ereignisse Aufklärung gegeben wird.

=== Freie Aussprache. ===

Im Auftrage des Hessischen Arbeiter-, Soldaten- u. Bauernrats:

Der Soldatenrat Groß-Berau.



Der Saal ist geheizt.



# Umgang mit Diskriminierung und Rassismus im pädagogischen Raum

## Fortbildung in der Bildungsstätte Anne Frank

Auf Einladung der Mediationsgruppe der Konrad-Adenauer-Schule, Berufliche Schulen Kriftel besuchten wir mit einer Gruppe von 15 Kolleg\*innen die Bildungsstätte Anne Frank in der Hansaallee in Frankfurt am Main. Wir hatten zunächst Gelegenheit, das vor kurzem eröffnete Lernlabor kennen zu lernen.

Das interaktive Lernlabor: „Anne Frank. Morgen mehr.“

### „Was ist eigentlich normal? Und wer bestimmt das?“

Der Besuch des Lernlabors beginnt mit einem kurzen Film, einem zweiminütigen Trailer, der für die Themen des Lernlabors sensibilisiert und aktuelle Fragen zum Thema Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung aufwirft. Anschließend bekommen alle Besucher\*innen ein Tablet, mit dessen Hilfe die Stationen des interaktiven Lernlabors selbstständig erkundet werden. Der Titel „Morgen mehr.“ ist einem Zitat aus Anne Franks Tagebuch entlehnt. Ihren ersten im Amsterdamer Versteck verfassten Tagebucheintrag vom 8. Juli 1942 bendete sie mit den Worten „Fortsetzung morgen“. Darin drückte Anne Frank die Erwartung aus, dass es ein Morgen geben wird und entzog sich schreibend, zumindest zeitweise, der Viktimisierung.

### Leben und Werk Anne Franks

Ein Teil der Lernstationen machen Leben und Werk Anne Franks erfahrbar. Zum Beispiel kann man sich in die Station zum Amsterdamer Versteck einloggen, dort einzelne Räume auswählen und sich mit dem Tablet virtuell durch diese Räume bewegen, die auf dem Bildschirm sichtbar werden, wenn man sich im Raum dreht. Für zusätzliche Informationen können einzelne Gegenstände im Raum auf dem Bildschirm des Tablets angeklickt werden. In anderen Stationen gibt es Quizfragen zum Tagebuch, Bilder und Informationen zu den Menschen, die mit Anne im Versteck lebten und zu ihren Helfern. Vorgestellt werden auch andere Autor\*innen, z.B. Charlotte L. Fortens Berichte von Rassismus in den USA des 19. Jahrhunderts; die Tagebücher von Ana Novac und Arieh Koretz aus Auschwitz-Birkenau und Bergen-Belsen; Blogs wie von der Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai oder Jamie Rai-

nes, der von seinem Weg vom "Mädchen" zum "Mann" berichtet. Die jugendlichen Besucher\*innen werden dazu eingeladen, im Lernlabor ihre eigene Geschichte zu erzählen.

„Ich werde schon zeigen, dass Anne Frank nicht von gestern ist!“ Dies schrieb Anne Frank in ihrem Tagebucheintrag am 28. September 1942. Die Mehrzahl der Stationen des Lernlabors bezieht Fragen aus der Geschichte auf die Gegenwart. Sie heißen u. a. „Morgen mehr ... Mut! – Was sagst du zu Solidarität, Helfen und Widerstand?“, „Morgen mehr ... Gerechtigkeit! – Wie stehst du zu Gerechtigkeit und Menschenrechten?“, „Morgen mehr ... Vielfalt!“ oder „Morgen mehr ... Respekt!“

Eine Station zeigt Ausschnitte aus Fotografien und bietet dazu jeweils zwei unterschiedliche Interpretationen an. Z.B. wird gefragt: „Zeigt dieses Bild eine Ärztin oder eine Patientin?“. Nachdem der / die Besucher\*in über das Tablet eine der möglichen Interpretationen ausgewählt hat, bekommt sie / er zunächst das Ergebnis einer Umfrage gezeigt und erfährt, wieviel Prozent der Befragten, dieselbe Interpretation gewählt hatten und wieviel Prozent sich anders entschieden hatten. Zum Schluss wird das vollständige Foto aufgedeckt und die „Wahrheit“ enthüllt. Wer sich (vielleicht auf Grund eines sexistischen Vorurteils, dass Ärzte männlich seien) für „Patientin“ als Interpretation des Bildes entschieden hatte, wird eines Besseren belehrt, erfährt jedoch auch, dass er / sie mit der Interpretation nicht alleine ist, sondern dass etwa die Hälfte der Befragten, sich ähnlich entschieden hatten. Die Besucher\*innen werden nicht als Sexist\*in oder Rassist\*in vorgeführt, sondern sie lernen unterschiedliche Perspektiven kennen und die eigenen Wahrnehmungen und Einschätzungen zu hinterfragen.



### Solidarität und Widerstand

An einer Station zum Thema Solidarität und Widerstand werden auf einer Fotowand unterschiedliche Situationen dargeboten und dazu gefragt, ob die betroffene Person Hilfe benötigt und ob der Besucher / die Besucherin in dieser Situation helfen würde. Anschließend können auf der Rückseite des Bildes weitere Informationen und eine Auflösung eingesehen werden: Z. B. „Vielen Dank, dass du mir hilfst.“ oder auch „Danke, aber mit dieser Situation komme ich alleine zurecht.“ Einige Stationen regen auf witzige und kreative Weise zum Nachdenken an. Die Station zum Thema „Was ist eigentlich normal? Und wer bestimmt das?“ besteht aus einer Puppe, die zu unterschiedlichen Anlässen (Vorstellungsgespräch, Omas 90. Geburtstag, Party) mit unterschiedlichen Outfits ausgestattet werden soll. Wenn der Besucher / die Besucherin sich für ein Outfit entschieden hat, wird anschließend die Entscheidung aus verschiedenen Perspektiven kritisiert und in Frage gestellt. Andere Sta-

tionen wirken härter, so die „Rassistenbrille“, die Bilder verwandelt: Z. B. aus einem freundlichen Studenten wird ein gefährlicher Drogendealer. Am Ende steht ein Spiegel und die eigene Person wird gescannt ... Das Lernlabor ist „kein Museum, sondern ein Ort der Auseinandersetzung und der Debatte. Deine Meinung zählt.“, so die Broschüre zur Ausstellung.

Nach dem Erkunden des Lernlabors hatten wir Gelegenheit, mit einer Museumspädagogin unsere Erfahrungen zu reflektieren und Fragen zur möglichen Arbeit mit Schüler\*innen zu stellen. Das Lernlabor kann von Gruppen bis zu 30 Personen besucht werden, also jeweils von einer Schulklasse. Die Besucher\*innen wählen selbst aus, welche Lernstationen sie erkunden möchten. Für Fragen und Hilfestellungen ist immer eine Museumspädagogin / ein Museumspädagoge anwesend.

Wir denken, dass das Lernlabor für Schülergruppen sehr geeignet ist und werden es ausprobieren. Außerdem gibt es auch das „Mobile Lernlabor“, das in die Schule bestellt werden kann.

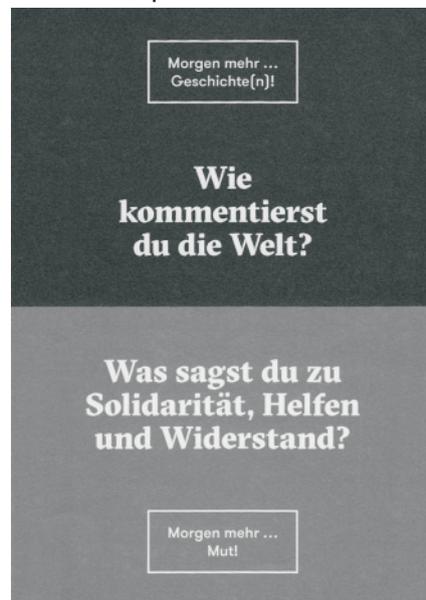
## Die Lehrerfortbildung

Im zweiten Teil unseres Besuches trafen wir uns in einem Seminarraum der Bildungsstätte zur Lehrerfortbildung. Ausgehend von unseren Fragestellungen und Erfahrungen mit diskriminierendem Verhalten aus dem Schulalltag erarbeitete Deborah Krieg, stellvertretende Direktorin der Bildungsstätte Anne Frank, mit uns pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Beleidigungen mit antisemitischem, fremdenfeindlichem, sexistischem, rassistischem oder homophobem Inhalt sind vermutlich leider in jeder Schule bekannt und ich muss sie hier nicht zitieren. In unserer Schule, die durch Vielfalt geprägt ist, setzen wir uns für respektvollen und toleranten Umgang ein. Im Leitbild unserer Schule ist dies ein wesentliches Ziel. Deshalb möchten wir auf verletzende Äußerungen professionell reagieren können.

Ausgehend von einem alltäglichen Beispiel. Eine Schülerin / ein Schüler spricht eine antisemitische (oder auch homophobe, rassistische, fremdenfeindliche oder sexistische usw.)

Beleidigung aus, führten wir eine Analyse durch. Zunächst steht eine Äußerung im (Klassen-)Raum. Wir wissen häufig aber nicht, ob diese Äußerung auf ein geschlossenes antisemitisches Weltbild zurückgeht, was selten vorkommt, oder, was häufiger der Fall ist, von Fragmenten eines antisemitischen Weltbildes ausgeht oder unbewusst antisemitische Stereotype aufgreift oder vielleicht „nur“ die Lehrkraft provozieren möchte, weil dies eine unterhaltsame Unterbrechung im anstrengenden Fachunterricht verspricht oder aber in den Augen des Sprechers / der Sprecherin „gar nichts“ bedeutet, einfach zum Jugendslang gehört.

Wir können dies zumeist nicht wissen, die „Definitionsmacht“ für eine Äußerung oder eine Verhaltensweise liegt beim Akteur / der Akteurin. Möglicherweise befinden sich im Raum Betroffene, die durch eine Äußerung zutiefst ge-kränkt werden, obwohl die Äußerung vielleicht nicht bewusst darauf abzielte, eine Person zu kränken und obwohl die betroffene Person vielleicht nach außen keinerlei Reaktion zeigt, um sich nicht als „Opfer“ zu outen. Es kann auch sein, dass wir als Lehrkräfte eine Äußerung sehr beleidigend finden, Betroffene jedoch der Meinung sind, dies sei ein harmloser „Spruch unter Freunden“.



Auch auf der Seite der Betroffenen liegt also die Definitionsmacht für die Wahrnehmung einer Äußerung bei der jeweiligen Person. Unabhängig davon, ob Betroffene im Raum sind, tragen wir als Lehrkräfte Verantwortung für die Kommunikation in unserem Klassenraum. Unser Verhalten

wirkt sowohl auf Akteure und Betroffene als auch auf die mittelbar Beteiligten, die Zuschauer. Wenn wir als Lehrkräfte - aus welchen Gründen auch immer - nicht reagieren, hat dies Auswirkungen zum einen für die Betroffenen, die beleidigt werden und ohne Schutz dastehen.

Es hat zum anderen Auswirkungen auf die mittelbar Beteiligten, die die getroffene Äußerung vielleicht selbst missbilligen und von der Lehrkraft enttäuscht werden oder die selbst unentschlossen sind und durch Passivität der Lehrkraft aus der Situation schließen, dass die getroffene Äußerung wohl richtig oder normal sei.



Deshalb ist es notwendig, dass Lehrkräfte immer auf diskriminierende Äußerungen oder Handlungen reagieren. Dabei ist zwischen Handlung und handelnder Person zu trennen. Wir wissen ja nicht (siehe oben), was der Akteur / die Akteurin sich wirklich dabei gedacht hat.

Wir klagen nicht an, sondern klären auf. Es ist auch nicht sinnvoll, Betroffene in den Mittelpunkt zu rücken, damit würden wir diese Personen auf ihre Opferrolle festlegen. Wir weisen darauf hin, dass es unsere Aufgabe als Lehrkraft ist, für die Menschenrechte einzutreten. „In meinem Klassenraum möchte ich das nicht hören.“ Das gilt unabhängig davon, ob Betroffene vielleicht sogar sagen, es sei doch harmlos.

Das Gesetz ist auf unserer Seite: Menschenrechtskonvention, Grundgesetz, Schulgesetz, Beamtenrecht legi-

timieren uns und übertragen uns eine wichtige Verantwortung. Je nach Situation können wir den Vorfall ausführlich zum Thema machen, nachfragen: „Was meinst du damit?“, diskutieren und aufklären. In einer anderen Situation können wir auch darauf verweisen, dass wir dies bereits ausführlich besprochen haben und uns das diskriminierende Verhalten jetzt verbitten. Wir sorgen für Klarheit, müssen aber nicht bei jeder Provokation den Unterricht unterbrechen lassen.

Deborah Krieg beschreibt den „pädagogischen Raum“ als „dynamisches Kommunikations- und Handlungsfeld, in dem alle Beteiligten – sowohl die Verantwortlichen, als auch die Adressaten von Bildungsprozessen – unterschiedliche Positionen einnehmen können. Diese Positionen sind mobil, situativ und kontextabhängig. Jede/r kann handlungsabhängig unterschiedliche Perspektiven einnehmen. An der Ausprägung von Dynamiken und Grenzen des Handlungsfeldes sind alle mitbeteiligt. Das gilt besonders in Fällen, in denen dieses Feld von Verletzungen (wie z. B. antisemitischen Behauptungen, Beschimpfungen oder Schmierereien) betroffen ist.

Dabei lernen alle Beteiligten aus den Handlungen, die das Handlungsfeld, die Menschen, die in ihm agieren, oder die Prinzipien, die es rahmen (z.B. das Gleichwertigkeitsprinzip), verletzen.“ (zitiert aus der Broschüre *Weltbild Antisemitismus*, S.30.)

Als Handlungsempfehlung für die Lehrkraft gilt:

1. „Immer reagieren, die Position Betroffener stärken und deren Person schützen“,
2. gegenüber den mittelbar Beteiligten: „Bystander aktivieren und anti-antisemitische (oder antisexistische, antihomophobe ...) Haltungen stärken“,
3. In Bezug auf den Akteur / die Akteurin: „die Tat stoppen, den Stopp begründen und zwischen Tat (Problem) und Täter (Person) trennen.“ (ebd., S.31)

Langfristig bieten wir, wenn wir dies tun und die pädagogische Beziehung aufrechterhalten, auch den Akteuren, die Chance, nicht nur ihr Verhalten, sondern auch ihre Einstellung zu ändern.

Katja Pohl

## Das Lernlabor



Das Lernlabor ist an den Wochenenden von 12 – 18 Uhr für Einzelbesucher\*innen geöffnet. Montag bis Freitag können Gruppen das Lernlabor nach Vereinbarung besuchen, entweder für 2 Stunden oder für 4 Stunden mit anschließendem Workshop zu einem ausgewählten Thema.

Das mobile Lernlabor kommt nach Vereinbarung in die Schule.

Fortbildungen für Lehrkräfte / Pädagog\*innen finden nach Vereinbarung in der Bildungsstätte Anne Frank oder in der Schule statt.

Weitere Informationen finden sich auf der Webseite der Bildungsstätte Anne Frank: [www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)

## Literatur

Broschüre „Weltbild Antisemitismus. Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“, erhältlich bei der Bildungsstätte Anne Frank.

Weitere Broschüren und Literaturangaben finden sich auf der Webseite der Bildungsstätte.

**Anne Frank Gesamtausgabe**, Basel 2013, Fischer Taschenbuch, 804 S., 12,99€.

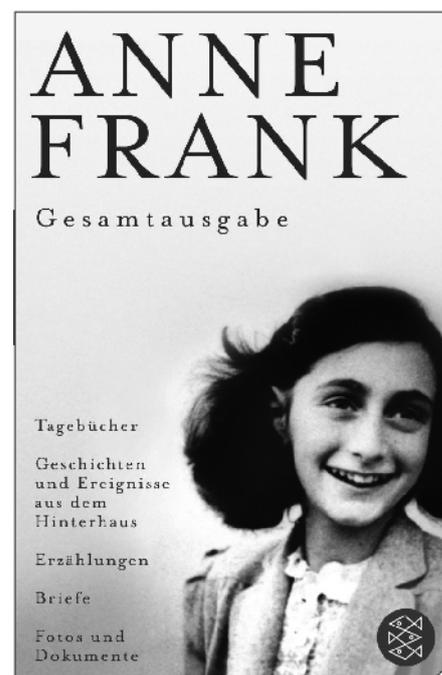
Wer sich mit dem Tagebuch und mit Anne Franks Werk noch einmal neu beschäftigen oder dieses in der Bil-

dungsarbeit verwenden möchte, findet hier die neueste Übersetzung des Tagebuches sowie viele weitere Texte und Materialien.

Die Gesamtausgabe enthält das Tagebuch in der Edition von Mirjam Pressler (Version d), außerdem im Anhang die anderen Versionen des Tagebuches, alle in deutscher Übersetzung: das ursprüngliche Tagebuch (Version a), den von Anne Frank redigierten Text (Version b) und das von Annes Vater Otto Frank veröffentlichte Tagebuch (Version c).

Aus den editorischen Notizen zum Tagebuch erfahren wir, dass Anne Frank im Radio aus London eine Rede des niederländischen Erziehungsministers im Exil hörte, „der davon sprach, dass man nach dem Krieg alles über die Leiden des niederländischen Volkes während der deutschen Besatzung sammeln und veröffentlichen müsse. Als Beispiel führte er unter anderem Tagebücher an. Unter dem Eindruck dieser Rede beschloss Anne Frank, nach Kriegsende ein Buch zu veröffentlichen. Ihr Tagebuch sollte dafür als Grundlage dienen.“

Die Gesamtausgabe enthält außerdem Anne Franks „Geschichten und Ereignisse aus dem Hinterhaus“, weitere Erzählungen, Briefe, Einträge in Poesialben, das „Schöne-Sätze-Buch“ und ein Ägyptenbuch von Anne Frank, weiterhin Fotos und Informationen zu ihrem Leben und Werk sowie Texte zum historischen Hintergrund und zur Rezeptionsgeschichte.



# Kollegiale Fallberatung und Fortbildung in der Mediationsgruppe der Konrad-Adenauer-Schule, Berufliche Schulen Kriftel

Die Mediationsgruppe ist eine offene Arbeitsgruppe, an der im Laufe des Schuljahres insgesamt circa 15 bis 20 Kolleg\*innen teilnehmen. Fünfmal jährlich trifft sich die Gruppe zur kollegialen Fallberatung.

Dort berichten Kolleg\*innen in vertrauensvoller Atmosphäre über Unterrichtssituationen, die sie beschäftigen. Die Gruppe gibt Hilfestellung oder erarbeitet gemeinsame Lösungsansätze.

Der Ablauf für die kollegiale Fallberatung ist festgelegt. Eine Moderatorin leitet das Gespräch und achtet auf die Einhaltung der Form. Eine Lehrkraft trägt einen Fall vor. Es folgt eine Frageunde. Rückfragen zum genaueren Verständnis des Falles werden gestellt. Danach folgt eine Runde, in der die Gruppenmitglieder Ideen oder Lösungsmöglichkeiten zu dem Problem vortragen können. Danach werden diese Vorschläge gemeinsam besprochen.

Die Haltung gegenüber den Ratsuchenden ist immer respektvoll. Niemand geht davon aus, dass er / sie es besser kann oder weiß, Rat wird angeboten, nicht aufgedrängt. Für alle Gespräche in der Gruppe gilt die Vertraulichkeit.

Einmal jährlich organisiert die Gruppe eine ganztägige Fortbildung an einem Samstag im Herbst zu pädagogischen Themen. Bisherige Themen waren „Schwierige Gespräche führen“, „Schwierige Schüler“, „No-Blame-Approach – ein Anti-Mobbing-Ansatz“, Theater-Workshop, „Tod und Trauer in der Klasse / im Kollegium“, „Stimmbildung, Pädagogische Spiele – Konzentration und Teambildung für den Unterricht“, „Umgang mit Diskriminierung und Rassismus im pädagogischen Raum“. Weitere Aktivitäten im Laufe des Schuljahres sind Kerzen ziehen in der Vorweihnachtszeit, ein Adventskaffee und kurz vor den Sommerferien eine Wanderung, an der sich ein Großteil des Kollegiums beteiligt.

Die Kolleg\*innen, die sich im Laufe des Jahres an einer oder mehreren Aktivitäten der Gruppe beteiligt haben, erhalten vor den Weihnachtsferien eine Weihnachtskarte und den Terminplan für das folgende Jahr.

Für die Professionalität der Arbeit sorgte in den vergangenen Jahren bis zu ihrer Pension Angelika M i l d e - S c h m i t t, Ethiklehrerin und ausgebildete Mediatorin. Seit diesem Schuljahr wird die Gruppe von Annette Blüse-Mans geleitet. Ich habe sie zu Ihrer Arbeit befragt.

*Katja Pohl*

**Katja Pohl:** Was sind die Ziele der Mediationsgruppe?

**Annette Blüse-Mans:** Aus meiner Sicht ist die Mediationsgruppe die einzige Gruppe, die eine Art der Supervision an der Schule bietet: Reflexion des eigenen Unterrichts durch oder mit anderen.

Zudem bietet die Fortbildung einen wichtigen Baustein in der Weiterentwicklung der Lehrerpersönlichkeit. Die Mediationsgruppe stärkt den Zusammenhalt, der gerade bei schwierigen Klassen wichtig ist, und die Entwicklung der Lehrerteams. Die Mediationsgruppe verbindet aber auch Lehrer, die sonst nicht zusammen arbeiten, und zeigt damit den Blick über den Tellerrand zu anderen Fachgebieten bzw. Berufsgruppen an der KAS.



*Annette Blüse-Mans*

**Katja Pohl:** Wie hast du dich auf die Leitung der Gruppe vorbereitet?

**Annette Blüse-Mans:** Ich habe an der Basisfortbildung zur Mediatorin teilgenommen und werde an der Fortbildung für „Fortgeschrittene Mediatoren“, teilnehmen. Zudem bilde ich mich seit 10 Jahren im Rahmen der Mediationsgruppe fort.

**Katja Pohl:** Vielen Dank!

# Jubilarehrung in Groß-Gerau

Wie jedes Jahr bedankte sich der GEW-Kreisverband Groß-Gerau bei seinen langjährigen Mitgliedern unter anderem mit einer Einladung zu einer öffentlichen Kulturveranstaltung im Stadtmuseum Groß-Gerau, bei der in diesem Jahr die Improtheater-Truppe mit dem programmatischen Namen „Für Garderobe keine Haftung“ zu Gast war.

Harald Freiling und Bernd Heyl überreichten bei Wein und Häppchen den Jubilarinnen und Jubilaren, die in diesem Jahr seit 50, 45, 40 oder 25 Jahren Mitglieder der GEW sind, eine Ehrennadel und die Urkunde mit dem Dank der GEW. Mit Rolf Heiliger und Dorothee Roß waren zwei Mitglieder gekommen, die seit 50 Jahren dabei sind und in der GEW „echte 68er“ sind.

Nach der Ehrung und dem Austausch zahlreicher Erinnerungen gab es im Saal des Stadtmuseum Improvisationstheater vom Feinsten. Zur Beruhigung der zahlreichen Gäste musste das Publikum nicht selbst mitspielen, dirigierte aber durch seine Vorschläge und Zurufe den Verlauf der Handlung. Die Freude an dieser Theaterform ist bei Lehrerinnen und Lehrern vielleicht sogar berufsbedingt, führen sie doch täglich ihre eigene „Impro-Show“ auf.

## Der GEW Kreisverband Groß-Gerau dankt den folgenden Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2018 für ihre langjährige Mitgliedschaft:

### 50 Jahre

Rolf Heiliger  
Bärbel Krohn  
Dorothee Roß

### 45 Jahre

Hannelore Borkholder-Lehn  
Tankred Buehler  
Renate Hosius-Willfahrt  
Brigitte Lamberty  
Renate Leihner  
Christina Mager  
Manfred Pöller  
Wolfgang Roth  
Gerhard Wenz  
Elma Weyerhäuser

### 40 Jahre

Jutta Bauer

Heidi Bengel  
Cornelia Cychy  
Ursula Frieß  
Christa Hartmann  
Ernst Hilmer  
Annelise Homfeld  
Marie Luise Jachan  
Christina Jansen  
Carmen Passet  
Karola Pruschke-Löw  
Hans-Georg Richter  
Brigitte Schanz-Hering  
Prof. Dr. Wolfgang Schneider  
Bernhard Trillig  
Elisabeth Zerb

### 25 Jahre

Tekbir Kerimoglu  
Sabine Lobenstein



# Datenschutz: Wir müssen fragen

Die genannten Kolleginnen und Kollegen haben der Veröffentlichung ihres Namens in GEW regional ausdrücklich zugestimmt. Diese Zustimmung hatte die GEW im Rahmen der Einladung zu der Jubilarerung erbeten. Dieses Verfahren haben wir gewählt, da die 2018 in Kraft getretene Europäische Datenschutzgrundverordnung hier strenge Maßstäbe anlegt. In der HLZ hat sie dazu geführt, dass diese Fundgrube für die Auffrischung von Erinnerungen und Kontakten nicht mehr fortgeführt werden kann.

*Und in Roth bei Nürnberg sorgte sie dafür, dass jetzt kurz vor Weihnachten auch Tränen flossen, wie unsere kleine Glosse belegt.*

## Datenschutz: Schluss mit Weihnachtswünschen

Auf dem Weihnachtsmarkt in Roth bei Nürnberg war jetzt Schluss mit einer alten Tradition: Die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) macht der Dekoration des Weihnachtsbaums mit den Wunschzetteln der Kinder aus Roth den Garaus. Die Verordnung soll einen einheitlichen Rechtsrahmen für den Umgang mit Daten in Europa schaffen und nimmt diejenigen, die Daten von Kunden oder Nutzern erheben, stärker in die Pflicht. Unternehmen oder Behörden dürfen persönliche Daten wie Name, Adresse, E-Mail-Adresse oder Ausweisnummer grundsätzlich nur erheben, wenn die Betroffenen dem zustimmen. Bei der Erhebung von Daten von Kindern unter 16 Jahren ist eine schriftliche Zustimmung der Eltern erforderlich.

Und genau das wurde jetzt auf dem Weihnachtsmarkt in Roth zum Problem, wie die WELT am 17. November berichtete: „Früher schrieben die Kinder ihre Wünsche zusammen mit Adresse und Namen auf die Wunschzettel, und sie wurden weitergeleitet.“ Aus Angst vor Bußgeldern oder Schadenersatzforderungen entschied die Stadtverwaltung jetzt das Aus für diese Tradition.

# Jubilarehrung im Main-Taunus-Kreis

25 oder gar 40 Jahre einer Gewerkschaft wie der GEW anzugehören heißt Durchhaltevermögen zu haben und in pädagogischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen Meinungen zu vertreten, seinen Arbeitsplatz mitzugestalten, Erfolge zu feiern und Niederlagen einzustecken.

Die Ehrung der langjährigen Mitglieder ist ein fester Bestandteil in der gewerkschaftlichen Tätigkeit der GEW Main-Taunus. Das Zusammensein wird gerne zum Erfahrungsaustausch nach dem Motto: „weißt du noch ??“ oder „wie läuft das in deiner Schule?“ genutzt. So trafen sich die Jubilare auch dieses Mal wieder in Höchst und besuchten, nach Speis und Trank und der Verleihung der Urkunden, das Herbstvarieté im Neuen Theater in Höchst.



*Oben: Roman Christian, Uwe Simon, Siegfried Schmidt, Katja Pohl (Kreisvorstand), Gisela Fay, Andreas Stähler (Kreisvorstand), Petra Heinlein-Becker, Norbert Pfaff  
Sitzend: Reinhard George-Bergen, Conny Cychi, Brigitte Suchanek, Gabriele Baukholt*

---

## Klausurtagung



*Bei einer Klausurtagung in Seligenstadt berieten die Mitglieder des GEW-Kreisvorstands über die Perspektiven und Schwerpunkte der GEW-Arbeit im Kreis Groß-Gerau. Auf dem Foto vor feudalistischer Kulisse während eines Stadtrundgangs von links nach rechts: Margot Marz, Judith Mohl, Friedhelm Ernst, Petra Hesse-Kraus, Martin Einsiedel, Nathalie Thoumas, Robert Hottinger, Harald Freiling, Ralf Becker, Doro Schäfer, Isabella Brauns, Claudia Kuse, Virginia Pfürtsch und Karola Pruschke-Löw. Es fehlen Bernd Heyl, Herbert G. Just, Birgit Sauer-Rupp und Bernhard Trillig.*



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Walther-Rathenau-Straße 36,  
64521 Groß-Gerau, PVSt Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 65234

## Der Graben

Kurt Tucholsky 1926

Mutter, wozu hast du deinen Sohn  
aufgezogen?  
Hast dich zwanzig' Jahr mit ihm gequält?  
Wozu ist er dir in deinen Arm geflogen,  
und du hast ihm leise was erzählt?  
Bis sie ihn dir weggenommen haben.  
Für den Graben, Mutter, für den Graben.

Junge, kannst du noch an Vater denken?  
Vater nahm dich oft auf seinen Arm.  
Und er wollt dir einen Groschen schenken,  
und er spielte mit dir Räuber und Gendarm.  
Bis sie ihn dir weggenommen haben.  
Für den Graben, Junge, für den Graben.

Drüben die französischen Genossen  
lagen dicht bei Englands Arbeitsmann.  
Alle haben sie ihr Blut vergossen,  
und zerschossen ruht heut Mann bei Mann.  
Alte Leute, Männer, mancher Knabe  
in dem einen großen Massengrabe.

Seid nicht stolz auf Orden und Geklunker!  
Seid nicht stolz auf Narben und die Zeit!  
In die Gräben schickten euch die Junker,  
Staatswahn und der Fabrikantenneid.  
Ihr wart gut genug zum Fraß für Raben,  
für das Grab, Kameraden, für den Graben!

Werft die Fahnen fort!  
Die Militärkapellen spielen auf zu euerm Todestanz.  
Seid ihr hin: ein Kranz von Immortellen -  
das ist dann der Dank des Vaterlands.

Denkt an Todesröcheln und Gestöhne.  
Drüben stehen Väter, Mütter, Söhne,  
schufteten schwer, wie ihr, ums bißchen Leben.  
Wollt ihr denen nicht die Hände geben?  
Reicht die Bruderhand als schönste aller Gaben  
übern Graben, Leute, übern Graben !

